

NEUE ZEIT

H A L B M O N A T S S C H R I F T

I N H A L T

DIE DREI MÄCHTE KONFERENZ UND DIE DEUTSCHE FRAGE . . .	1
W. LINEZKI — Neue Ränke der rumänischen Reaktion	3
M. MICHAÏLOW — Norwegen gestern und heute	7
F. GOLUBJEW — Über den lateinamerikanischen Block . . .	13
S. WTOROW — Demobilisierungsprobleme in England	18
Internationale Umschau (Notizen)	22
A. IWANOW — Was wir im Ruhrgebiet gesehen haben . . .	25
P. NASARENKO — In Kuba (Reisenotizen)	28
Chronik der Internationalen Ereignisse	31

4

15. Juli 1945

VERLAG DER ZEITUNG „TRUD“ — MOSKAU

THE NEW ZET

САНКТ-ПЕТЕРБУРГ

Schriftleiter: A. DANILOW

Moskau, Arbat, Kalaschni pereulok 12

Die Dreimächtekonzferenz und die deutsche Frage

IN DEN BREITEN Kreisen der Öffentlichkeit wird die in den nächsten Tagen stattfindende Begegnung der Führer der drei verbündeten Mächte — der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritanniens — lebhaft kommentiert. Unter den Fragen, die, wie die Welpresse annimmt, in der Beratung Stalins, Trumans und Churchills erörtert werden sollen, findet das deutsche Problem besondere Aufmerksamkeit. Das ist auch ganz natürlich, denn jetzt, nach der Zerschlagung der Kriegsmaschine Hitlers und der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands, kommt der Frage der koordinierten Politik der verbündeten Siegermächte gegenüber Deutschland für die Gewährleistung eines langwährenden Friedens und der Sicherheit der Völker kardinale Bedeutung zu.

Die Lehren der beiden Weltkriege sprechen eine äußerst beredte Sprache. Der deutsche Imperialismus hat die Menschheit zweimal während der Lebensdauer einer einzigen Generation in die Katastrophe des Krieges gestürzt. Sobald es klageworden war, daß ein Sieg Hitlers im zweiten Weltkrieg unmöglich ist, begannen die deutschen Imperialisten Pläne auszuarbeiten, um für die Zukunft neue Versuche zur Eroberung der Weltherrschaft vorzubereiten. Aber auch die Mächte der Antihitlerkoalition haben noch während des Krieges Maßnahmen in Aussicht genommen, die zur Abwendung der Gefahr einer neuen deutschen Aggression notwendig sind.

Diese Maßnahmen wurden in den Beschlüssen der Krimkonferenz niedergelegt. Das ist erstens die völlige Ausrottung des Hitlerfaschismus und die militärische und ökonomische Abrüstung Deutschlands. Das ist zweitens die Aufrechterhaltung und Festigung der koordinierten Politik der verbündeten Großmächte, die die Kontrolle über das besiegte Deutschland und — in enger Zusammenarbeit mit allen friedliebenden Nationen, den großen wie den kleinen — die Verantwortung für die Aufrechterhaltung des Friedens übernommen haben.

Die Notwendigkeit einer koordinierten Politik der verbündeten Großmächte ist dank den Erfahrungen der letzten Jahre zu einem Axiom geworden, das für die Anhänger eines friedlichen Zusammenlebens der Völker keines Beweises bedarf. Dieses Prinzip, das den Eckpfeiler der internationalen Sicherheit bildet, hat in der vor kurzem in San Franzisko von den Vertretern von 50 Ländern unterzeichneten Satzung der Vereinten Nationen seinen Ausdruck gefunden. Um so wichtiger ist eine koordinierte Politik der Verbündeten gegenüber Deutschland. In der Auslandspresse wird hierüber in der letzten Zeit nicht wenig geschrieben, wobei jedoch nicht selten die wichtigste Seite der Frage außer acht gelassen wird, nämlich, daß es sich nur um eine gemeinsame Politik handeln kann, die das Ziel verfolgt, den Faschismus vollständig auszurotten und das Kriegspotential des deutschen Imperialismus zwecks Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit zu vernichten.

Der Kurs auf Erreichung dieses Zieles erfordert die Durchführung einer entsprechenden Politik in dem durch die verbündeten Truppen besetzten Deutschland. Er setzt voraus, daß die Behörden der Verbündeten nicht diejenigen Kreise der deutschen Bevölkerung zur Mitarbeit heranziehen, die die Inspiratoren und die soziale Hauptbasis des Hitlerfaschismus waren, sondern die antifaschistischen Kräfte Deutschlands. Urteilt man indessen nach den zahlreichen Mitteilungen der Auslandspresse, so lassen die Maßnahmen, die von den alliierten Besatzungsbehörden in Westdeutschland durchgeführt werden, vom Standpunkt der Krimbeschlüsse aus vieles zu wünschen übrig. In der vorigen Nummer unserer Zeitschrift wurde im Rahmen eines Rundblicks über die Mitteilungen englischer und amerikanischer Korrespondenten aus verschiedenen Orten Westdeutschlands entsprechendes Illustrationsmaterial veröffentlicht. In den Besatzungszonen unserer Verbündeten harren bis auf den heutigen Tag ganz unaufschiebbare Maßnahmen ihrer Verwirklichung,

deren Unbestreitbarkeit für jeden augenscheinlich ist, der sich wirklich entschlossen hat, die vollständige Liquidierung des Faschismus zu erreichen.

Noch während des Krieges ist von Sowjetseite wiederholt erklärt worden, daß es nicht angeht, die Hitlerclique mit dem deutschen Volk und dem deutschen Staat zu identifizieren, und daß die freiheitliebenden Völker durchaus nicht im Sinne haben, Deutschland zu vernichten. Vernichtet werden müssen die finsternen Kräfte des Faschismus und des deutschen Militarismus. Strenge Strafe muß — und zwar so schnell wie möglich — den hitlerfaschistischen Kriegsverbrechern zuteil werden, angefangen mit allen Leitern und Organisatoren des verbrecherischen Hitlersystems, seinen Inspiratoren und Helfershelfern, bis hinunter zu denen, die sich zur Verübung der Naziverbrechen gebrauchen ließen.

Die Verbündeten stellen sich keineswegs eine so törichte Aufgabe wie die Vernichtung des deutschen Volkes. Das bedeutet natürlich nicht, daß das deutsche Volk von der Verantwortung für den Krieg freigesprochen werden soll, insbesondere für den ungeheuren materiellen Schaden, der den der deutschen Aggression zum Opfer gefallenen Ländern zugefügt wurde. Entsprechend den Krimbeschlüssen muß dieser Schaden in Form von Sachlieferungen in größtmöglichem Maße wiedergutmacht werden.

Die traurige Erfahrung mit der Reparationskomödie nach dem ersten Weltkrieg ist allen in Erinnerung. Damals gelang es den deutschen Imperialisten, sich vor der Zahlung von Reparationen faktisch zu drücken. Mehr noch, mit Hilfe ausländischer Anleihen, die zum größten Teil aus Amerika kamen, erweiterten und modernisierten die deutschen Industriemagnaten ihren Produktionsapparat, der dann die Hitlerarmee mit riesigen Mengen von Panzern, Flugzeugen und Geschützen versorgte. Für diese verderbliche Politik haben die Völker allzu teuer bezahlt, als daß sie sich damit einverstanden erklären könnten, daß sie in irgendeiner neuen Variante wiederholt wird. Demgegenüber sind schon jetzt, gleich nach Beendigung des Krieges, manche einflußreiche Geschäftskreise in den alliierten Ländern am meisten darum besorgt, ihre früheren Wirtschaftsverbindungen mit Deutschland wiederherzustellen. Die Presseorgane, die den Standpunkt dieser Kreise widerspiegeln, treten für die Beibehaltung der Produktionskapazität der deutschen Industrie ein, und zwar unter dem Vorwand, Deutsch-

land müsse „zur Hebung des Lebensniveaus in Europa“ beitragen, wie kürzlich die englische Zeitung „Times“ schrieb. Die Völker Europas haben sich durch bittere Erfahrungen davon überzeugt, welche tödliche Gefahr die in der deutschen Kriegsschmiede gehämmerten Zerstörungswerkzeuge für sie darstellen. Kein Zweifel, daß sie andere Wege zur Hebung ihres Lebensniveaus finden werden, und daß einer dieser Wege eine feste Reparationspolitik gegenüber Deutschland ist, deren Grundlagen in der Krim vereinbart wurden.

Es ist natürlich nicht zu erwarten, daß die erfolgreiche Zusammenarbeit der Verbündeten in der deutschen Frage von den reaktionären Kreisen der alliierten Länder gefördert werden wird, die vor dem Kriege dem Faschismus in Deutschland die Möglichkeit gaben, sich zu entwickeln. Gerade aus diesen Kreisen kommen zahlreiche böswillige Erfindungen und provokatorische Intrigen, die die Vereitelung der gemeinsamen Politik der Verbündeten in der deutschen Frage bezwecken. Manche Reaktionäre, z. B. Sullivan, ein Mitarbeiter der „New York Herald Tribune“, erklären mit einem Eifer, der einer besseren Anwendung würdig wäre, immer und immer wieder, daß sie eine friedliche Zusammenarbeit der verschiedenen sozialen Systeme, wie sie in der Sowjetunion einerseits und in den angelsächsischen Ländern andererseits bestehen, für unmöglich halten. Aber die Volksmassen und alle fortschrittlichen Kräfte der vereinten Nationen wissen sehr wohl, daß es nur den gemeinsamen Anstrengungen der friedliebenden Großmächte gelungen ist, die Hitlerbestie niederzukämpfen und zu vernichten, und daß die langwährende und dauerhafte Zusammenarbeit dieser Mächte das wichtigste Unterpfand des Friedens in der ganzen Welt ist. Die Aufmerksamkeit der breiten Kreise der demokratischen Öffentlichkeit gilt den Bedingungen, die notwendig sind, um eine gemeinsame Politik der Verbündeten überhaupt und ihre koordinierte Politik in der deutschen Frage im besonderen zu sichern. Diese Bedingungen aber bestehen in der konsequenten Politik der völligen Liquidierung des deutschen Militarismus und Nazismus und darin, „Garantien dafür zu schaffen, daß Deutschland niemals wieder imstande sein wird, den Frieden der ganzen Welt zu stören“, wie es in dem Krimdokument heißt.

Die neue Zusammenkunft der Führer der drei Mächte erfolgt in dem denkwürdigen Zeitpunkt, da die von der faschistischen deut-

schen Sklaverei befreiten Völker Europas darangehen, die Grundlagen ihres nationalen Lebens wiederaufzubauen. Die vorausgegangen Konferenzen der Führer der drei Mächte — die Teheran- und die Krimkonferenz — fanden noch während des Krieges gegen das hitlerfaschistische Deutschland statt. Die gegenwärtige Konferenz — die erste nach Beendigung des Krieges in Europa — tritt in der Hauptstadt des besiegten Feindes, in der Zitadelle des zertrümmerten preußischen Militarismus und der deutschen Aggression, zusammen, wo jeder Stein an die Notwendig-

keit mahnt, den deutschen imperialistischen Räuber zu bändigen. In der Auslandspresse wird die Meinung geäußert, daß die Fähigkeit der verbündeten Mächte zur Zusammenarbeit in der deutschen Frage der Prüfstein ihrer Fähigkeit sein wird, auch in anderen Sphären zusammenzuarbeiten. Um so bedeutungsvoller wird die erfolgreiche Lösung dieses Problems auf der Grundlage bestimmter Voraussetzungen sein, die von den gemeinsamen Lebensinteressen aller friedliebenden Nationen, der großen wie der kleinen, erheischt werden.

Neue Ränke der rumänischen Reaktion

W. LINEZKI

DIE BILDUNG der Regierung der demokratischen Konzentration mit einem der Führer der Nationaldemokratischen Front, Petre Groza, an der Spitze, bedeutete einen Wendepunkt in der Nachkriegsgeschichte Rumäniens — eine schwere Niederlage der rumänischen Reaktion und einen großen Sieg der demokratischen Kräfte. Die im März 1945 durch den Willen der breitesten Volksmassen zur Macht berufene neue Regierung stellte sich die Aufgabe, die demokratische Umgestaltung des Landes zu verwirklichen in vollem Einklang mit der von der Krimkonferenz der Führer der drei verbündeten Mächte angenommenen „Deklaration über das befreite Europa“. In dieser Deklaration hieß es bekanntlich, daß „die Herstellung der Ordnung in Europa und die Umgestaltung des nationalen und wirtschaftlichen Lebens auf einem Wege erzielt werden muß, der es den befreiten Völkern ermöglicht, die letzten Spuren des Nazismus und Faschismus auszumerzen und demokratische Institutionen nach eigener Wahl zu schaffen“.

Die Wahl des rumänischen Volkes fiel, trotz aller Ränke der Führer der sogenannten „historischen“ Parteien, auf die Regierung der Konzentration der demokratischen Kräfte, in der die Kommunistische und die Sozialdemokratische Partei Rumäniens, die vereinigten Gewerkschaften, die Bauernfront und der Patriotische Verband weitgehend vertreten sind.

Diese Wahl war ein schwerer Schlag für die rumänischen Reaktionäre. Die Märzereignisse durchkreuzten ihre Pläne, einen Bürgerkrieg in Rumänien zu entfesseln und Zwist

im Lager der vereinten Nationen zu säen. Die fruchtbare und konstruktive Tätigkeit der Regierung Groza verstärkte nur die Isolierung der Reaktionäre und enthüllte deren völligen politischen Bankrott.

Die Regierung Groza steht bereits mehr als vier Monate an der Macht. Während dieser Zeit wurde restlos bewiesen, daß nur der Weg der demokratischen Entwicklung Rumäniens Aussichten auf wirtschaftliche Wiedergeburt eröffnen und seine internationale Stellung festigen kann. In diesen Monaten wurden wichtige Schritte unternommen, um zwischen den Völkern Rumäniens normale Beziehungen herzustellen. Das Rumänien zurückgegebene Nordtranssylvanien wurde zum Prüfstein der neuen, von der rumänischen Regierung deklarierten Nationalitätenpolitik und der Verpflichtungen, die die rumänische Regierung am 8. März 1945 der Sowjetunion gegenüber eingegangen ist.

Als die Regierung Groza der Regierung der Sowjetunion den heißen Wunsch des rumänischen Volkes mitteilte, Transsylvanien — von dem ein Teil seinerzeit ungerechterweise von Rumänien losgetrennt worden war — wieder mit Rumänien vereinigt zu sehen, erklärte sie, daß „die Verwaltung, die sie in diesem Gebiet einsetzen wird, für die Wahrung der Rechte der dort lebenden Nationalitäten Sorge tragen und sich in ihren Handlungen von den Prinzipien der Gleichheit, Demokratie und Gerechtigkeit der gesamten Bevölkerung gegenüber leiten lassen wird“. In den verfloßenen Monaten hat die Regierung Groza eine Reihe von Maßnahmen getroffen, um dieser Verpflichtung nachzukom-

men. Die Rumänen und Ungarn Nordtranssylvaniens vereinigten sich zum Kampf gegen das faschistische Erbe, und dies trug in bedeutendem Maße dazu bei, die Beziehungen zwischen Rumänien und Ungarn nezugestalten, die durch den berüchtigten Wiener Schiedsspruch von 1940 vergiftet worden waren.

„Die Tatsachen haben bewiesen“, erklärte einer der Führer der Nationaldemokratischen Front, V. Luca, in seiner Rede in der Stadt Cluj (Klausenburg), „daß die Unabhängigkeit Rumäniens und Ungarns ebenso wie die aller übrigen Balkanvölker nur dann sichergestellt werden kann, wenn sich beide Völker befreunden und, nachdem sie die Freundschaft der Sowjetunion gewonnen, zusammen mit den anderen Balkanvölkern eine Macht bilden, die imstande ist, jeder Aggression die Stirn zu bieten.“

Die Regierung Groza hat es verstanden, in kurzer Zeit das wichtigste Problem zu lösen: eine Agrarreform durchzuführen, die die halbfeudalen Überreste in den Bodenbesitzverhältnissen ausmerzte und den jahrhundertealten Wünschen und Hoffnungen der rumänischen Bauernschaft gerecht wurde. Trotz aller Horoskope der erbosten nationalzaranistischen Sterndeuter, die prophezeiten, die Agrarreform werde die rumänische Landwirtschaft zugrunde richten, hat sich diese Maßnahme vollauf bewährt. Auf der unlängst im Ministerium für Landwirtschaft abgehaltenen Konferenz der Landwirtschaftskammern (so heißen in Rumänien die Distriktsorgane des Ministeriums für Landwirtschaft) konnte der stellvertretende Landwirtschaftsminister Agiu erklären, daß „trotz der pessimistischen Prohezeiungen der Gegner der Bodenreform und ungeachtet der durch den Krieg bedingten ungünstigen Verhältnisse 96 Prozent der im Plan vorgesehenen Anbaufläche besät worden sind“.

Es gelang der rumänischen Regierung, überaus wichtige Maßnahmen in die Tat umzusetzen, um das vom Krieg zerrüttete Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen. Die Regierung erachtet den Kampf für die wirtschaftliche Erneuerung des Landes als ihre Hauptaufgabe. „Hier steht unsere Demokratie und Unabhängigkeit auf dem Spiel“, erklärte Groza. Diese Worte sind keine Übertreibung. Gerade an der Wirtschaftsfront beschloß die rumänische Reaktion, die wieder ihr Haupt erhob, den demokratischen Kräften des Landes die Generalschlacht zu liefern. Organisierte Sabotage in der Industrie, Spekulation, Schleichhandel — das sind die Methoden, mit deren Hilfe die rumänische Reaktion

die Regierung zu kompromittieren versucht. Die Reaktion hat es darauf abgesehen, aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten politisches Kapital zu schlagen.

Die Regierung Groza hat auch die Lösung eines anderen überaus wichtigen Problems bedeutend vorangebracht: die Säuberung des Staatsapparats und die Einsetzung eines Gerichts über die Kriegsverbrecher. Die Volkstribunale Rumäniens haben bereits über einige Gruppen von Kriegsverbrechern die verdiente Strafe verhängt. Die breiten Massen des rumänischen Volkes billigen die Urteile des Volkstribunals, denn sie sehen in seiner Tätigkeit eine für die Interessen des Landes unentbehrliche Säuberungsarbeit.

Schon die ersten Schläge gegen die Kader der rumänischen Reaktion riefen im Lager der sogenannten „historischen“ Parteien einen Wutausbruch hervor. Da die reaktionären Kreise Rumäniens ihre ergebene Agentur einbüßten, haben sie sich zu einem gewagten Spiel entschlossen und setzen ihr letztes auf die Karte. Sie versuchen, durch wütende Ausfälle gegen die Regierung der demokratischen Konzentration und gegen die demokratische Umgestaltung des Landes den Ring der Isolierung zu durchbrechen, der sich immer enger um sie schließt.

Gerade zu diesem Zweck verbreiten die rumänischen Reaktionäre, die sich um die Leitung der Nationalzaranistischen Partei gruppieren, Gerüchte über die „Kurzlebigkeit“ der Regierung der demokratischen Konzentration oder darüber, daß Rumäniens Schicksal durch den Eingriff irgendwelcher äußeren Kräfte entschieden werden wird. Aus ihren Schlupfwinkeln heraus versuchen sie, im Lande eine Atmosphäre der Unruhe und der Ungewißheit über den morgigen Tag zu schaffen und Wirren zu säen.

„Die Reaktionäre setzten alle ihre Hoffnungen“, schreibt die Zeitung „Romania libera“, „auf die Beziehungen Manius zu gewissen ausländischen Gruppen, in der Erwartung, daß diese ihnen den Rettungsring zuwerfen würden.“

Offensichtlich haben gerade diese Spekulationen Julius Maniu und Dinu Bratianu zu einem in seinem Zynismus unübertroffenen Dokument, dem „Aufruf an das Land“, inspiriert, worin das Programm der nächsten Aktionen der „historischen“ Parteien dargelegt wird. Maniu und Bratianu verleumdete die Regierung, bewerfen die Massen, auf die sie sich stützt, mit Schmutz, entstellen die Geschichte des Machtantritts dieser Regierung und nennen sie „ungesetzlich“. Sie versuchen,

gewisse wirtschaftliche Schwierigkeiten, diese unausbleiblichen Folgen des Krieges, in den Rumänien unter Billigung der Führung der „historischen“ Parteien hineingezogen worden war, für sich auszuschlachten. Die alten Politikaster sind bemüht, die Verantwortung für die wirtschaftlichen Folgen jener Abenteuer, an denen sich Rumänien mit dem Segen Manius und Bratianus beteiligt hat, auf die erst vier Monate bestehende Regierung abzuwälzen.

Es ist durchaus zeitgemäß, wenn die rumänische demokratische Presse gegenwärtig auf die wahren Ursachen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes hinweist. Beispielsweise darauf, wie die Hitlerfaschisten allein in der Zeit vom September 1940 bis zum Juli 1941 119 rumänische Firmen und Betriebe an sich brachten, sich dann die gesamte Wirtschaft des Landes botmäßig machten, und wie die deutsche Minderheit in Rumänien die weitestgehenden Möglichkeiten zu Raub und Willkür erhielt. In dieser Zeit der Plünderung des Nationalreichtums des Landes durch die Deutschen bemerkte Maniu die wirkliche Desorganisation des Wirtschaftslebens nicht. In jenen Tagen befaßte er sich mit der Abfassung untätigster Denkschriften, die er dem Diktator Antonescu zu Füßen legte. In einer dieser Denkschriften schrieb Maniu:

„Im Norden und Osten vom Dnjestr leben unsere rumänischen Brüder, die wir an uns anschließen wollen, um die völlige nationale Vereinigung zu verwirklichen.“

So billigte Maniu die Ausplünderung Rumäniens durch die Deutschen und versuchte, den Raubzug Antonescus nach dem Osten mit verlogenen nationalistischen Losungen zu bemänteln. Nachdem dann der Krieg gegen die Sowjetunion vom Zaun gebrochen war, schrieb Maniu:

„Die Nationalzaranistische Partei billigt die unternommenen Kriegshandlungen und begrüßt begeistert ihre ersten Ergebnisse.“

Heute aber treibt er in seinem gemeinsam mit Bratianu verfaßten „Aufruf an das Land“ ein Gaukelspiel mit dem von ihm selbst erfundenen drohenden „Chaos“. Heute rüstet sich Maniu zu einem neuen Feldzug, diesmal gegen das rumänische Volk. Er setzt eine dummdreiste Lüge in Umlauf und versichert, die Sowjetunion verlange angeblich ... die Einverleibung Rumäniens!

Gleichzeitig mit diesem Frontalangriff wenden die rumänischen Reaktionäre auch Umgehungsmanöver an. Sie versuchen, die Einheit der Arbeiterklasse, die sich im

Rahmen der Nationaldemokratischen Front festigt, zu untergraben, und schmuggeln zu diesem Zweck in die Arbeiterparteien ihre Agenten ein. Besondere Kommissionen, die unlängst vom Zentralkomitee der Einheitsfront der Arbeiter geschaffen wurden, haben eine größere Anzahl getarnter Feinde entlarvt, die sich in die Sozialdemokratische Partei eingeschlichen und in den Industriebetrieben Zersetzungsarbeit geleistet hatten. In der Fabrik Schlendt z. B. warf die Kommission den bekannten Legionär Cornel Vasile aus der Sozialdemokratischen Partei hinaus. In der Fabrik Hagel schloß sie fünf faschistische Provokateure aus, die sich in diese Partei eingeschlichen hatten.

Man sieht, die reaktionären Elemente möchten die Sozialdemokratische Partei Rumäniens zu einer neuen Zufluchtsstätte für sich machen. In der letzten Zeit wird in dieser Partei ein Zustrom beträchtlicher Gruppen ehemaliger Legionäre festgestellt, die zu der Ansicht gekommen sind, daß ihnen die nationalzaranistische Führung nicht mehr genügend Sicherheit gewährleisten kann.

In einen ebensolchen Zufluchtsort versuchen die Legionäre die Unterrichtsorgane zu verwandeln. Wie die Zeitung „Timpul“ berichtet, wurde der Posten des Generalsekretärs des Unterrichtsministeriums von dem bekannten Legionär Niculescu-Malu besetzt, der sich mit einer ganzen Bande deklarerter Mitglieder der Eisernen Garde umgeben hatte.

Die rumänischen Reaktionäre schöpfen ihre Inspiration aus verschiedenen trüben ausländischen Quellen, deren Belebung nicht zufällig mit der Kapitulation des hitlerfaschistischen Deutschlands zusammenfiel. Die ausländischen reaktionären Kreise scheuen keine Mühe, um das wirkliche Bild der Lage in den einzelnen Ländern, die von der Roten Armee befreit wurden und das faschistische Joch abgeworfen haben, zu entstellen. In den Wochen, die seit dem Zusammenbruch des faschistischen Deutschlands verflossen sind, hat sich die Einheitsfront der Verleumder fester geschart. Zu ihr gehören sowohl das Mitglied des amerikanischen Repräsentantenhauses, Mrs. Luce, die nach langen Gesprächen mit reaktionären polnischen Emigranten erklärte, daß „alle Regierungen Mitteleuropas von Moskau kontrolliert werden“, als auch die römische Wochenschrift „Domenica“, die behauptet, daß es in den von der Roten Armee befreiten Ländern „keine Freiheit gibt“, und ein gewisser Federicci aus der römischen Zeitung „Cotidiano“, der behauptet,

tet, daß in den von der Roten Armee befreiten Ländern „alles mit einem undurchdringlichen Schleier verhüllt ist“. Die Siegespalme auf dem Gebiet phantastischer Erfindungen gebührt wohl White, einem Berichtersteller der amerikanischen Zeitschrift „Saturday Evening Post“.

White hat unlängst Rumänien besucht. Er spart nicht mit den düstersten Farben, um das Bild zu entstellen. Der Flug seiner Phantasie kennt keine Grenzen! So versichert White z. B. bei der Schilderung der Protestdemonstrationen gegen den Henker Radescu, die Ende Februar in Bukarest stattfanden, diese spontane Kundgebung des Volkswillens sei von einer erfahrenen Regie in Szene gesetzt worden, die für das Nichterscheinen auf den Demonstrationen den Arbeitern und Angestellten mit Entlassung gedroht und für „den bei den Kundgebungen gezeigten Enthusiasmus“ den Studenten und Schülern eine höhere Bewertung der Studienleistungen versprochen habe.

Mit der Fingerfertigkeit eines berufsmäßigen Gauklers versucht White, die Welt durch Reinkarnationswunder zu verblüffen. Schwarz wird unter seinen Händen zu weiß und weiß zu schwarz. So schreibt er zum Beispiel:

„Unter den Mitgliedern der rumänischen Regierung und den Anhängern der Nationaldemokratischen Front befinden sich viele Faschisten, die früher mit den Deutschen zusammengearbeitet haben, während die demokratischen Elemente Verfolgungen ausgesetzt sind.“

Dieser Possenreißer verschweigt keineswegs seine schmutzigen Nachrichtenquellen: er erzählt von seinen Gesprächen mit Maniu und Bratianu.

Kein Zweifel, daß das Gesudel solcher Journalisten die Wühlarbeit der rumänischen Reaktionäre fördert.

„Maniu und seine Freunde behaupten in ihrer Propaganda“, schreibt „Romania libera“, „daß sie in gewissen Auslandskreisen Sympathien genießen.“

Sie sind bereit, die von ihnen selbst inspirierten Äußerungen von Leuten, die jede Vorstellung von Ehre und Moral verloren haben, als den Ausdruck der öffentlichen Meinung anderer Länder hinzustellen. Diese Blinden dünkt es, daß sie eine „internationale Stütze“ gewinnen, und daß der Faden der Lüge und Verleumdung, der sie mit vereinzelt ausländischen Hetzern verknüpft, eine feste Stahltrasse sei.

So nehmen die rumänischen Reaktionäre ihre Wünsche für Wirklichkeit hin. Sie haben es schon lange verlernt, die internationale Lage richtig einzuschätzen, die gekenn-

zeichnet wird durch den unwiderlegbaren Erfolg der Sache des Friedens und der internationalen Sicherheit. Sie leben nach alten Schemen, ohne die durchgreifenden Veränderungen zu berücksichtigen, die auf dem Schauplatz der internationalen Politik vor sich gehen, und setzen unbekümmert ihren verbrecherischen Weg fort.

Es ist nur natürlich, wenn unter solchen Umständen die einfachen Mitglieder der „historischen“ Parteien es zeitgemäß und vernünftig finden, mit ihrer Führung zu brechen. In der letzten Zeit hat sich dieser Prozeß unter den einfachen Mitgliedern der Nationalzaranistischen Partei verstärkt. Die Zeitung „Victoria“ stellt fest, daß die Krise in dieser Partei mit neuer Kraft aufgeflammt ist. Wie die Zeitung erklärt,

„wurde Maniu die Ansicht mitgeteilt, daß seine Politik, sich auf Meinungsverschiedenheiten zu orientieren, völlig verfehlt sei, und daß sich in Zukunft nichts ereignen werde, was diese verfehlt Politik unterstützen könnte“.

Eine Vorstellung von der Stimmung unter den Nationalzaranisten gibt die Zeitung „Dreptatea Noua“. Sie wird von dem Initiativkomitee herausgegeben, das seine Politik auf die Zusammenarbeit mit der Nationaldemokratischen Front und insbesondere mit den beiden Arbeiterparteien begründet. Die Zeitung schreibt:

„Als es im März 1943 offensichtlich wurde, daß Hitler den Krieg verloren hat, beschlossen wir, die Führung unserer Partei davon zu überzeugen, daß jede Verzögerung ihrer Stellungnahme nicht nur eine Solidarisierung mit Antonescu bedeute, sondern auch eine Katastrophe für unser Volk sei... Man wollte uns nicht hören, denn die Mehrzahl der Parteiführer erklärte beharrlich, daß die Engländer und Amerikaner schließlich den Kampf gegen die Russen aufnehmen und wir dabei gewinnen würden.“

Somit unterschied sich die grundlegende politische Einstellung der Führung der Nationalzaranisten nur wenig von der grundlegenden Einstellung Hitlers und seiner Bande. Das unvermeidliche Ergebnis dieser Tätigkeit Manius ist die andauernde Abkehr der einzelnen Parteiorganisationen von der Führung der Nationalzaranisten. Dem Initiativkomitee schlossen sich die nationalzaranistischen Organisationen mehrerer Distrikte an.

Diese Flucht der ehemaligen Anhänger Manius spricht überzeugend genug vom Zustand des gestrandeten nationalzaranistischen Schiffes.

„Manius Partei besteht für das Volk nicht mehr“, schreibt „Romania libera“. „... Nur die neuen Kräfte, die heute Rumänien regieren, sind

befähigt, den Frieden und den Wiederaufbau des Landes sicherzustellen.“

In der Nationalliberalen Partei geht die Spaltung mit noch größerer Intensität vor sich. Die in dieser Partei schon seit langem um sich greifende Krise endigte mit der Einberufung eines Parteitags, der die Politik Dinu Bratianus entschieden verurteilte und eine neue Führung mit Tatarescu an der Spitze wählte. Dieser Parteitag, der 54 von 58 Distriktsorganisationen vertrat, fällte ein Anklageurteil gegen die frühere Führung der Nationalliberalen und unterstrich ihre grundlegenden Fehler in der Innen- und Außenpolitik, ihre politische Blindheit und völlige Losgerissenheit von den wirklichen Nöten und Interessen des rumänischen Volkes.

In seiner Rede auf dem Parteitag kennzeichnete der neue Vorsitzende der Partei, Tatarescu, die Stellungnahme der Nationalliberalen zu den innerpolitischen Aufgaben, vor denen Rumänien steht, und legte ihr außenpolitisches Programm dar.

„Die Nationalliberale Partei“, erklärte er, „wird stets die Durchführung der Politik der internationalen Verständigung und Zusammenarbeit verfolgen. Die Festigung der Freundschaft mit den Völkern der Sowjetunion und die ständige Zusammenarbeit mit diesen Völkern im Rahmen des Beistandsvertrages in Friedens- und Kriegszeiten bleibt die eherner Grundlage der Außenpolitik der Nationalliberalen Partei. Die Erhaltung der alten Freundschaft mit den westlichen Demokratien, besonders mit Frankreich, sowie mit allen benachbarten Demokratien wird das ständige Ziel dieser Politik bilden.“

Bekanntlich ist die Nationalliberale Partei auch nach ihrer Erneuerung nicht der Natio-

naldemokratischen Front beigetreten. In der Innenpolitik bekannte sie sich zu einem Programm, das sich von dem Programm der Nationaldemokratischen Front beträchtlich unterscheidet. Die Einberufung des nationalliberalen Parteitags zeigt ein übriges Mal, daß jede Partei Rumäniens, die nicht auf dem Standpunkt der Restauration der alten Zustände steht und die es nicht darauf abgesehen hat, das Land auf den Weg verderblicher Abenteuer zu stoßen, in Rumänien alle Bürgerrechte genießt.

Die Tatsachen besagen auch, daß die verschiedenen der Nationaldemokratischen Front angehörenden Parteien und Organisationen über eine breite Massenbasis verfügen und die überwältigende Mehrheit der rumänischen Bevölkerung vertreten. Als überzeugendes Beispiel kann der kürzlich stattgehabte erste Kongreß der „Bauernfront“ dienen, die mehr als eine Million Mitglieder zählt und von einem Zentralkomitee geleitet wird, das nicht nur aus Vertretern der Bauernschaft, sondern auch der Intellektuellen besteht.

Der gegenwärtige Niedergang der alten „historischen“ Parteien Rumäniens ist die unausbleibliche Folge der verhängnisvollen Politik ihrer Führer. Die reaktionäre Politik Manius und Bratianus ist dem rumänischen Volk verhaßt. Diese bankrotten Führer haben sich der demokratischen Bewegung der breiten Volksmassen, die einen historischen Wendepunkt erleben, in den Weg gestellt. Sich dem mächtigen Volksstrom entgegenstemmen bedeutet aber — über Bord geworfen werden.

Norwegen gestern und heute

M. MICHAÏLOW

AM 9. APRIL 1940 kam Norwegen als Opfer Hitlers an die Reihe. Alles spielte sich ab wie in einem gewöhnlichen Detektivroman. Der deutsche General Falkenhorst, der, als Vertreter eines deutschen Handelsunternehmens getarnt, in Oslo lebte, legte den Generalsrock an und übernahm den Befehl über die deutschen Truppen. Am Vorabend waren viele Fischerboote in die norwegischen Häfen eingelaufen. Sie bargen deut-

sche Soldaten in Zivilkleidung. Diese „Fischer“ besetzten die wichtigsten Häfen des Landes.

Im Hotel „Continental“ in Oslo, das zum Hauptquartier des deutschen Stabes gemacht wurde, befand sich Vidkun Quisling. Am Abend des gleichen Tages gab der Rundfunk bekannt, daß nunmehr Quisling Ministerpräsident sei. Er war drei Tage vor dem Einbruch der Deutschen aus Berlin nach Norwegen zurückgekehrt.

Ein solcher Gang der Dinge war durchaus logisch. Norwegen, ein friedliches Land, dessen Neutralität bereits traditionell geworden, war viele Jahre hindurch das Objekt einer ungehemmten Minier- und Spionagetätigkeit der Deutschen gewesen. Pflugk-Hartung, der die deutsche Spionage in den skandinavischen Ländern leitete, hatte seine Agentur in Norwegen aufziehen und so den Einfall der deutschen Truppen ungehindert vorbereiten können. Quisling stand zumindest schon fünf Jahre vor dem Einfall in Norwegen im Solde der deutschen Spionage. Quislings Partei Nasjonal Samling (Nationale Vereinigung) war eine Partei professioneller Spione, die im Dienste Deutschlands standen. Jonas Lie — die Norweger nannten ihn Judas Lie —, dem bereits vor dem Kriege die Polizei in Norwegen unterstand, arbeitete Hand in Hand mit den schwedischen und den deutschen Faschisten. Sein Apparat führte die Aufträge Berlins aus.

In der Nacht zum 9. April wurden die Telefonleitungen, die zu den norwegischen Befestigungen führten, von Quislingagenten durchschnitten. Die norwegische Armee wurde überrumpelt. Vielen Truppenteilen mangelte es an Waffen. Trotzdem schlugen sich die norwegischen Truppen heldenhaft. Aber der Kampf war ungleich, und am 10. Juni 1940 stellte die Armee auf Befehl der Regierung den Widerstand ein. Der König und die Regierung gingen außer Landes und fanden Zuflucht in England. In einer romantischen Beschreibung haben Journalisten für die Geschichte festgehalten, wie der norwegische Goldfonds gerettet wurde: eine Gruppe Patrioten irrte monatelang durchs Land; über brennende Dörfer und minierte Fjorde hinweg führte sie eine Viertel Milliarde Goldkronen mit sich, um sie vor den Faschisten in Sicherheit zu bringen.

Naturgemäß entsteht die Frage: wieso konnte Hitlers norwegisches Abenteuer so leicht gelingen? Die Gründe sind die gleichen wie bei den anderen westeuropäischen Ländern, die in dem verhängnisvollen Jahre 1940 so rasch von den deutschen Panzern überrannt wurden: Norwegen stand dem Aggressor nicht nur unvorbereitet gegenüber, es war auch durch Verrat im Innern und durch die deutsche Spionage wehrlos gemacht worden. Dafür haben die regierenden Kreise im Norwegen der Vorkriegszeit die Verantwortung zu tragen, denn die deutsche Aggression kam nicht unerwartet. Bereits im ersten Weltkrieg hatte der deutsche Generalstab Kaiser Wilhelm vorge-

schlagen, Norwegens Neutralität zu verletzen und es als Aufmarschgebiet im Kampfe gegen England und Rußland zu benutzen. Das, was der Kaiser seinerzeit ablehnte, führte Hitler aus.

„Norwegen ist die Pistole, die auf das Herz Großbritanniens gerichtet ist“, sagte einmal der frühere englische Kriegsminister Hore-Belisha. In der Tat, durch die Besetzung Norwegens bedrohte Deutschland die englischen Seewege und sicherte gleichzeitig das eigene Hinterland von Norden her.

Große Bedeutung für die Deutschen hatte Norwegen als Aufmarschgebiet zum Überfall auf die Sowjetunion. Die für Deutschland höchst günstige „Neutralität“ Schwedens erlaubte dem hitlerfaschistischen Oberkommando, seine Truppen zuerst aus Finnland nach Norwegen und später aus Norwegen über Schweden nach Finnland zu werfen. Große deutsche Truppenverbände wurden im Norden Norwegens in den Provinzen Finnmarken und Tromsö konzentriert. Auf 290 000 Einwohner dieser Provinzen kamen 300 000 bis 350 000 deutsche Soldaten. Bei Kirkenes bauten die Deutschen im Tal des Flusses Pasvik längs der finnischen Grenze Befestigungslinien. An der Küste des Varangerfjords wurden Betonanlagen für Küstenbatterien geschaffen. Großkalibrige Küstengeschütze wurden zwischen den Städten Vardö und Vadsö aufgeföhren und im Raum Kirkenes und des Alten-Fjords Flottenstützpunkte und Flugzeugplätze angelegt. Von hier aus unternahm die deutsche Flotte und Luftwaffe ihre Überfälle auf die Schiffsgelände, die aus England und Amerika Kriegsfrachten nach der Sowjetunion brachten. Hier bereiteten die Deutschen auch ihre Offensive gegen Murmansk und Sowjetkarelien vor.

Quisling und die anderen Agenten Hitlers in Norwegen wurden schon vorher in dessen Kriegspläne eingeweiht. Noch vor der deutschen Okkupation sprach Lunde, einer der örtlichen „Führer“ Quislings, auf einer Versammlung der norwegischen Faschisten offen von der Rolle Finnmarkens als Aufmarschgebiet gegen die Sowjetunion. Er erklärte, daß Deutschland nicht allein im Baltikum, in Polen, Rumänien und im Schwarzmeerbecken gegen die Sowjetunion kämpfen werde, sondern auch von Nordnorwegen und Finnland aus. „Als erstes“, sagte Lunde, „muß den Russen der Ausgang nach Norden abgeschnitten werden. Also müssen Murmansk und Archangelsk fallen.“ Lunde plauderte auch noch ein anderes Geheimnis aus. Er prahlte vor seinen Kumpanen, die finnische Regierung

hätte den Deutschen die Bereitstellung von Territorium zugesagt und sich verpflichtet, am Kriege gegen die Sowjetunion teilzunehmen.

* * *

Der Name Quisling ist schon lange zum Synonym geworden für Verräter und Hitleragenten in von den Faschisten okkupierten Ländern. Wie viele andere seinesgleichen ist auch Quisling auf sowjetfeindlichem Dung ins Kraut geschossen.

1917 finden wir den Major a. D. der norwegischen Armee Quisling im diplomatischen Korps in Rußland als Militärattaché. Die Jahre 1917, 1918 und 1919 verbringt er in Petrograd, Moskau und Wologda, bereit, jedem zu dienen, der zahlt. Quisling übernimmt die Bewachung eines englischen Gesandtschaftsgebäudes, als England von einer diplomatischen Vertretung in Sowjetrußland Abstand nimmt. Gleichzeitig erweist er verschiedenen ausländischen Staaten auch andere Dienste. In seinen Mußstunden beschäftigt sich der norwegische Major a. D. mit Schmuggel, mit dem Verkauf von Strümpfen, Parfümeriewaren u. ä. Seine Spionagetätigkeit fördert seine Handelsgeschäfte und der Handel wiederum die Spionage. Schon damals wird die deutsche Spionage auf Quisling aufmerksam, macht sich verschiedentlich seine Dienste zunutze und vergißt nicht, sich mit Material einzudecken, das Quisling kompromittiert, um ihn in Zukunft noch fester am Gängelband zu halten.

Später muß Quisling, da seine Entlarvung zu befürchten ist, Rußland verlassen. Er betreibt sein Spionage- und Schmuggelhandwerk, das sich gegen Sowjetrußland richtet, von Helsinki aus weiter. Dann läßt er sich noch einige Male in Rußland blicken, diesmal als Beauftragter des Nansen-Komitees zur Unterstützung der Hungernden. 1926 jedoch verzichtet Nansen auf Quislings Dienste, ihm mochte klargeworden sein, daß er es mit einem Gauner zu tun hatte.

Mit einer solchen Vergangenheit erschien nun Quisling auf der politischen Arena Norwegens. Wenn nach alledem, was über ihn bekannt war, Quisling dennoch 1931 Kriegsminister Norwegens werden konnte, dann wohl nur, weil Minister, besonders aber Kriegsminister, in diesem Lande eine Mangelware gewesen sind. Quislings Amtstätigkeit ist bezeichnet durch die Okkupation des dänischen Ostgrönlands, durch Entsendung von Strafexpeditionen gegen Streikende und durch

systematische Antisowjethetze. Schließlich wurde Quisling aus der Regierung entfernt. Immerhin gelang es ihm noch, einen „kommunistischen Anschlag“ auf seine Person zu inszenieren. Im Ministeriumsgebäude streute man ihm angeblich roten Pfeffer in die Augen und schlug ihn mit einem schweren Gegenstand auf den Kopf. Seither kursiert in Norwegen für Quisling der Spottname „peppermann“ — Pfeffermann.

Im gleichen Jahre, als Hitler in Deutschland zur Macht kam, gründete Quisling die norwegische faschistische Partei Nasjonal Samling. Sie wurde nicht nur nach deutschem Muster geschaffen, sondern auch mit Berliner Geld. Quislings Beziehungen zum deutschen Spionagedienst, die sich gefestigt hatten, als er noch Kriegsminister war, kamen ihm nun besonders zustatten. Er stellte den allerengsten Kontakt zu Himmler und der Gestapo her. Auch Hitler empfing ihn. Quisling informierte Berlin über alles, was in Norwegen vor sich ging, sammelte Verräterkreaturen und schuf norwegische Sturmabteilungen, die sogenannten Hirden. Allein er vermochte für die faschistische Partei in Norwegen keine Massenbasis zu schaffen. Bei den Wahlen in das norwegische Storting (Parlament) im Jahre 1936 konnte die Nasjonal Samling kaum zwei Prozent der Stimmen für sich buchen. Das war zwar zu wenig, um auf das politische Leben Norwegens Einfluß zu gewinnen, aber genug, um das Spionagenetz weiter zu spinnen und dadurch Hitler später die Besetzung Norwegens zu sichern.

* * *

Die mehr als fünf Jahre der Hitlerokkupation kamen dem norwegischen Volke teuer zu stehen. 1940 versicherte der deutsche General Dietl dem norwegischen Bürgermeister von Narvik, nachdem die Stadt gefallen war, die Deutschen brauchten in Norwegen nur „ein bißchen Zahnpasta für die Soldaten und Rasierseife“, wenn sie überhaupt etwas brauchten. Der Bürgermeister dürfte kaum so naiv gewesen sein, diese plumpe Heuchelei des deutschen Generals nicht zu durchschauen. Jedenfalls nahm die Ausräumung der Wirtschaft des Landes durch Hitlers Eindringlinge derartige Ausmaße an, daß selbst die schlimmsten Befürchtungen übertroffen wurden.

Laut Meldungen aus Oslo herrschen im befreiten Norwegen Not und Elend. Es gibt weder Kohle noch Erdöl noch Rohstoffe für die Industrie. Die Bevölkerung erhält 200

Gramm Brot pro Kopf. Kein Fleisch, keine Milch, keine Kartoffeln. Die Deutschen hatten den norwegischen Bauern verboten, Weizen und Roggen zu säen, und nur den Anbau von Hafer, Gerste und Gemüse erlaubt. Das nannte man „einheitliche Planwirtschaft des neuen Europas“. Die norwegische Industrie wurde von den Deutschen derart umgebaut, daß sie ihre selbständige Bedeutung verlieren und zu einem Anhängsel der deutschen Industrie werden mußte. Die einen Betriebe wurden abmontiert und ihre Einrichtungen nach Deutschland ausgeführt, die anderen wurden zu „Hilfsbetrieben“ deutscher Unternehmungen. Die Textil-, Papier- und Zelluloseindustrie stellte wegen Mangels an Rohstoffen und Heizmaterial fast gänzlich ihre Arbeit ein. Stark eingeschränkt wurde der Eisenbahn- und Kraftwagenverkehr.

Die norwegischen Betriebe gingen an deutsche Konzerne über, insbesondere an die Hermann-Göring-Werke und die IG-Farbenindustrie. Um einen Schleuderpreis kauften die Deutschen die Aktien der norwegischen Firmen auf, ohne auch nur eine einzige Mark auszugeben: sie zwangen die norwegische Bank in Oslo, die Notenpresse in Bewegung zu setzen und ihnen die Zahlungsmittel voll auszuhändigen, die für Ankäufe und sonstige Ausgaben benötigt wurden. Nach unvollständigen Angaben, die sich auf die Berechnungen des norwegischen Ökonomen Malterud stützen, kostete Norwegen die deutsche Okkupation allein in den ersten zwei Jahren 6 bis 7 Milliarden Kronen. Schon in dieser Zeit entnahmen die Deutschen der norwegischen Bank eine Summe, die 4,3mal so groß war wie das jährliche Volkseinkommen Norwegens.

Selbst diese kargen Angaben zeigen, vor welch schwierigen wirtschaftlichen Problemen Norwegen nach seiner Befreiung steht. Noch ernster jedoch sind die politischen Probleme. Die Deutschen haben alle politischen und öffentlichen Einrichtungen des Landes abgeschafft: das Storting, den Obersten Gerichtshof, die Gewerkschaften, ja selbst die Sportvereine. Alle politischen Parteien, bis auf die faschistische Nasjonal Samling, wurden aufgelöst und eine Quislingadministration geschaffen, zu deren Hauptaufgabe mit gehörte, die Bevölkerung politisch und moralisch zu zersetzen.

Wenn dies den Deutschen gelungen ist, so lediglich in einer höchst dünnen Schicht. Die Zahl der Quislingfaschisten wird auf 50 000 Mann geschätzt. Das sind offensichtlich die

Leute, die formal mit der Nasjonal Samling, den Sturmabteilungen der Hirden, der Quislingpolizei und der deutschen Wehrmacht verbunden waren, in deren Reihen die norwegische faschistische Abteilung „Legion Nordland“ operierte. Nimmt man die Tätigkeit der Personen, die mit den Deutschen zusammengearbeitet haben — besonders unter den Industriellen und den Beamten — näher unter die Lupe, so dürften sich noch einige tausend Personen finden, die sich für Verrat an den Interessen der Heimat vor dem Gericht des norwegischen Volkes zu verantworten haben werden.

Die Norweger, auf deren friedlichen Charakter die deutschen Landräuber bauten, zeigten, daß sie ein freiheitsliebendes Volk sind, das sich von den deutschen Eroberern nicht auf die Knie zwingen ließ. Die Arbeiter traten in Streik, organisierten Sprengungen und Sabotageakte und wandten sich verächtlich von den Quislinggewerkschaften ab. Die Bauern boykottierten die Abgaben an die Deutschen und vertrieben die Quislingagenten, die in ihren Dörfern eine faschistische Bauernorganisation aufziehen wollten. Die Lehrer und Professoren weigerten sich, nach dem faschistischen Programm zu unterrichten. Zum Zeichen der Solidarität mit den Lehrern streikten Studenten und selbst Schüler. Künstler und Schriftsteller lehnten es ab, ihre Kunst in den Dienst der Okkupanten zu stellen. Die Bevölkerung boykottierte die faschistischen Filme. Die Sportler lehnten die Teilnahme an den Wettspielen demonstrativ ab. Die Mitglieder der Quislingpartei wurden nicht selten selbst in ihren eigenen Familien boykottiert.

Beobachtet man objektiv das Verhalten der breiten Massen des norwegischen Volkes, so findet man darin nichts von der Passivität, zu der es viele seiner vorsichtigen Führer, besonders aus der Emigration, bis in die letzte Zeit hinein unter der Losung „passiver Widerstand“ aufgerufen hatten. Im Gegenteil, es kam sogar zu bewaffneten Aktionen gegen die Okkupanten. Die Partisanenbewegung, die ihre Wiege in Nordnorwegen hatte, im Rücken der deutschen Truppen, die sich an der sowjetisch-finnischen Front befanden, griff auch auf andere Gebiete über. Kurz vor dem Ende der Okkupation war es den Patrioten gelungen, das deutsche Transportwesen in bedeutendem Maße lahmzulegen.

Zehntausende gehörten den Organisationen der inneren Front des Widerstandes an. Diese standen unter der Leitung angesehener Männer

des politischen und öffentlichen Lebens des Landes. An der Parade, die kürzlich in Oslo stattgefunden hat, beteiligten sich 40 000 bewaffnete Kämpfer der Widerstandsabteilungen.

* * *

Die Kriegslage hatte sich derart gestaltet, daß die bewaffneten Kräfte der norwegischen Widerstandsbewegung nicht mehr dazu kamen, an den Kämpfen um die Befreiung ihrer Heimat teilzunehmen. Die Siege der Roten Armee untergruben die Widerstandsfähigkeit der Hitlerfaschisten und machten ihren Plan, sich in Dänemark und Norwegen nachhaltig zu verteidigen, zunichte. Die deutschen Streitkräfte mußten überall kapitulieren, und so auch in Norwegen.

Die Teilnehmer der Widerstandsbewegung, vor allem die Kämpfer der bewaffneten Abteilungen, die aus der Illegalität hervorgetreten sind, stellen den aktivsten Teil des norwegischen Volkes dar. Man sollte glauben, daß es nur eine Meinung gäbe in bezug auf ihre sofortige Einschaltung in das öffentliche und politische Leben des Landes. Aber das ist nicht der Fall. Der Krieg und fünf Jahre deutscher Okkupation haben einige führende norwegische Politiker nichts gelehrt. Sie möchten in Norwegen alles wieder so haben, „wie es vor dem Kriege war“. Demgegenüber haben sich breite demokratische Kreise des Landes in einem harten fünfjährigen Kampf davon überzeugt, daß eine durchgreifende Gesundung des öffentlichen und politischen Lebens Norwegens not tut.

Brand, der Vertreter des Schwedisch-Norwegischen Büros in Oslo, kennzeichnete am 21. Mai die Stimmung der Teilnehmer der Widerstandsbewegung folgendermaßen:

„Die einfachen Mitglieder der norwegischen inneren Front machen aus ihrer Unzufriedenheit kein Hehl mehr. Diese Leute sind unzufrieden, weil ... die Truppen der inneren Front bei der Entwaffnung der deutschen Truppen nicht hinzugezogen werden. ... Die Führer und einfachen Kämpfer der inneren Front kritisieren scharf diejenigen Kreise, die sich während der Okkupation abwartend verhielten, jetzt aber auf Kosten der anderen die Führung übernehmen wollen.“

Im Augenblick der Kapitulation betrug die Stärke der deutschen Truppen in Norwegen ungefähr 280 000 Mann. Außerdem lebten im Lande an die 55 000 deutsche Zivilpersonen, meist Beamte des Besatzungsapparats.

Welches Bild bot sich den Norwegern nach der Befreiung ihres Landes? Die deutschen Truppen bewegten sich in voller Be-

waffnung frei auf den Landstraßen und in den norwegischen Städten. ... Sie wurden nicht entwaffnet. Die deutschen Truppen verfügten über große Proviantvorräte und ließen sich die den Norwegern geraubten Lebensmittel schmecken, während die Norweger selbst Hunger leiden mußten. Den Kämpfern der Abteilungen der inneren Front wurde verboten, die Deutschen zu entwaffnen oder Hand an ihre Proviantlager zu legen. Das Kommando der Alliierten hielt ziemlich lange an der Politik der „Nichteinmischung“ fest.

Nach einer bestimmten Zeit änderte sich die Lage etwas. Aber bis auf den heutigen Tag sind noch nicht alle Deutschen entwaffnet, und bis zur endgültigen Regelung der „deutschen Frage“ in Norwegen scheint es noch weit zu sein. Wie der norwegische Verteidigungsminister Torp erklärte, wird der Abtransport der Deutschen nach Deutschland acht Monate dauern. Er hat jedoch noch nicht einmal begonnen!

Es kann daher nicht wundernehmen, daß die breiten Massen in Norwegen mit der gegebenen Lage unzufrieden sind. Ihnen ist zur Genüge bekannt, daß bisher kein einziger von den 50 000 Quislingfaschisten seine Verbrechen gebüßt hat. Die Gerichtsverhandlung gegen die Verbrecher verzögert sich. Wie Staatsanwalt Arntsen am 23. Mai erklärte, ist die Schaffung von Sondergerichten oder Militärtribunalen nicht vorgesehen. Die Quislingfaschisten werden vor ein gewöhnliches Gericht gestellt. Klar, daß bei einer solchen Sachlage die Verhandlungen gegen die Verräter bis auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben werden und die Helfershelfer der Deutschen in ihrer Mehrheit einem friedlichen Tod an Altersschwäche entgehen können.

Bekanntlich erschien Quisling selbst mit der Mehrzahl seiner „Minister“ im Gefängnis von Oslo, offenbar nicht ohne auf irgendeinen Protektor zu bauen. Der Lauf der Dinge kann nur den Verdacht stärken, daß eine solche Protektion tatsächlich besteht. Obwohl die öffentliche Meinung nicht nur Norwegens, sondern aller demokratischen Länder überhaupt eine schnelle und harte Strafe für Quisling fordert, wird die Gerichtsverhandlung gegen ihn hinausgeschoben.

Ende Mai wurde Quisling in „rein formalem“ Verfahren, wie sich die norwegischen Richter ausdrücken, vom Gericht vernommen. Dieses Vorgericht dauerte insgesamt einige Stunden und bot Quisling Gelegenheit zu sowjetfeindlichen Ausfällen und zynischen

Äußerungen, er habe „alles getan, um Norwegen zu retten“. Das Gericht verurteilte Quisling zu drei Monaten Gefängnis, um der über ihn verhängten Untersuchungshaft „gesetzlichen Charakter“ zu verleihen.

Die Tendenz, das Gerichtsverfahren zu einem Hohn auf die Gerechtigkeit werden zu lassen, zeigt sich auch am Beispiel der Prozesse gegen andere norwegische Verräter. Das Vorgericht über Quislings „Justizminister“ Riisnes konnte sich lange nicht entschließen, ihn zu sage und schreibe zwei Monaten Untersuchungshaft zu verurteilen, obwohl dieser Bandit selbst vor Gericht eingestand, daß er die Todesurteile, die gegen norwegische Patrioten verhängt wurden, in 48 Stunden zu vollstrecken pflegte. Der alte Verräter Knut Hamsun stellte sich vor Gericht taub und genierte sich nicht, frech zu erklären, man habe ihn der Quislingpartei „gewaltsam gleichgeschaltet“.

Noch wurde kein einziger Quislingfaschist verurteilt, und schon halten die Anwälte der Verräter Verteidigungsreden. Die Zeitung der Bauernpartei, „Nationen“, die die Handlungsweise der Quislingfaschisten zu rechtfertigen sucht, schreibt, daß „viele dieser Leute das Wesen der Okkupation gar nicht verstanden haben“. „Morgenbladet“, das Organ der Rechten, bittet um Nachsicht für die Kreaturen, die mit den Deutschen zusammengearbeitet haben, und beschwört die Öffentlichkeit, die „Rechtspflege des zivilisierten Norwegens“ hochzuhalten.

* * *

Um die Intrigen der norwegischen Reaktion und einige ihrer politischen Kombinationen zu charakterisieren, verweisen wir ferner auf die Diskussion über die Zusammenarbeit der nordischen Länder. Dieses Thema ist nicht neu. Besonders tragen sich die schwedischen Reaktionäre in letzter Zeit mit der Idee eines „Nordblocks“. Sie möchten damit ihre Positionen, die infolge der berüchtigten schwedischen „Neutralität“ arg erschüttert sind, wieder stärken.

Die Pläne des „Nordblocks“ waren bereits vor dem Kriege genügend kompromittiert, der Krieg hat dann endgültig bestätigt, daß für einen solchen Block keine Grundlage besteht. Selbst das Schicksal Norwegens und Dänemarks gestaltete sich während des Krieges verschiedenartig. Während Norwegen vom Hitlerstiefel zerstampft wurde, nahm Finnland am Kriege unter Hitlers Fahnen teil,

und Schweden diene Deutschland bekanntlich mit seiner „Neutralität“.

Die Nachkriegsentwicklung des befreiten Norwegens gebietet, daß sich die demokratischen Kräfte im Lande entfalten und freundschaftliche Beziehungen zu den anderen demokratischen Ländern im Rahmen der Welt-sicherheitsorganisation hergestellt werden, vor allem zu den Ländern, die das meiste zur Befreiung Europas von den faschistischen Unterdrückern beigetragen haben und denen auch Norwegen seine Befreiung verdankt. In breiten Kreisen der norwegischen Öffentlichkeit wurde das bereits erkannt. Es ist daher kein Zufall, daß die Frage der Beziehungen zur Sowjetunion als eine der Hauptfragen der Außenpolitik des befreiten Norwegens betrachtet wird.

Für die demokratische Zukunft Norwegens ist die Konsolidierung der Kräfte, die das Volk zur schnellsten Liquidierung der Folgen der deutschen Okkupation führen können, von lebenswichtiger Bedeutung. Indessen streben die reaktionären Kreise des Landes offen danach, diese Konsolidierung zu vereiteln. Insbesondere suchen sie die Wiederherstellung der demokratischen Einrichtungen Norwegens zu hemmen und vor allem die Einberufung des Stortings zu hintertreiben.

Die Sitze im heutigen Storting, das schon 1936 gewählt wurde, verteilen sich wie folgt: 70 Mandate gehören der Arbeiterpartei, 36 der konservativen Partei Høyre, 23 der liberalen Partei Venstre, 18 der Bauernpartei. Eben weil die Rechten im Storting die Minderheit sind, erhoben sie auch Einspruch gegen die Einberufung des Stortings. Als Vorwand benutzten sie, daß einige Präsidiumsmitglieder des Stortings 1940 in Verhandlungen mit den deutschen Okkupationsbehörden gestanden hätten. Von demokratischer Seite wurde dagegen eingewandt, daß die Personen, die sich der Zusammenarbeit mit dem Feinde schuldig gemacht haben, selbstverständlich die Verantwortung tragen müssen, daß dies aber nicht die Wiederherstellung des konstitutionellen Organs des Landes aufhalten dürfe, zumal sich die meisten Mitglieder des Stortings in Norwegen befinden. Die norwegische Arbeiterpartei und die Kommunistische Partei Norwegens wiesen nach, daß nur die antidemokratischen Bestrebungen der reaktionären Elemente dabei profitieren würden, wenn von der Einberufung des Stortings Abstand genommen wird. Dieser Standpunkt gewann schließlich die Oberhand. Am 14. Juni wurde das Storting einberufen.

Die rechtsstehenden Kreise, die durch die Einberufung des Stortings eine Niederlage erlitten hatten, unternahmen nun den Versuch, die in die Wege geleitete Zusammenarbeit der demokratischen Parteien bei der Regierungsbildung zu sprengen. Als die Regierungsbildung dem Vorsitzenden des Obersten Gerichtshofes, dem Konservativen Berg, übertragen wurde, der von den Teilnehmern der Widerstandsbewegung beschuldigt wird, Quisling Vorschub geleistet zu haben, gab er unzweideutig zu verstehen, daß er keine Kommunisten zur Teilnahme an der Regierung zulassen werde.

Diese Tendenz fand in den breiten öffentlichen Kreisen keine Unterstützung. Die Arbeiterpartei trat gegen sie auf. Die Vertreter der verschiedenen Schichten der norwegischen Öffentlichkeit sind der Auffassung, daß den norwegischen Kommunisten unbestreitbar das Recht zusteht, an der Regierung teilzunehmen. Die kommunistische Zeitung „Friheten“ (ihre Auflage beträgt 75 000 Exemplare, was von der Popularität der Partei zeugt) veröffentlichte darüber mehrere Äußerungen bekannter norwegischer Gewerkschaftler und Männer des öffentlichen Lebens.

Infolge des öffentlichen Drucks erlitt die Reaktion auch bei der Regierungsbildung eine Niederlage. Nach den mißglückten Versuchen Bergs wurde die neue Regierung Norwegens von dem Vorsitzenden der Arbeiterpartei, Einar Gerhardsen, gebildet. In die Regierung kamen vorwiegend Teilnehmer der Widerstandsbewegung. In der neuen Regierung ist die Arbeiterpartei mit 6 Sitzen vertreten, die Kommunistische Partei mit 2, die liberale Partei Venstre mit 1, die konservative Partei Høyre mit 1, und 4 Minister

sind parteilos. Von den Mitgliedern der Regierung Nygaardsvold, die sich in der Emigration befand, sind in die neue Regierung der Außenminister Trygve Lie und der Verteidigungsminister Oskar Torp übergegangen, beide Mitglieder der Arbeiterpartei.

Den Ministerpräsidenten Gerhardsen hatten die Deutschen während der Okkupation verhaftet und im Lager Grini gefangengehalten. Dann kam er als Geisel nach Deutschland, wo er sich bis Kriegsende befand. Er ist der Vorsitzende der Arbeiterpartei und ein Anhänger der Einheit der norwegischen Arbeiterbewegung, insbesondere der Vereinigung der Arbeiterpartei mit der Kommunistischen Partei.

Ende Mai wandte sich das Sekretariat des Gewerkschaftsbundes Norwegens an die Arbeiterpartei und die Kommunistische Partei mit dem Vorschlag, die Frage der Vereinigung zu erörtern. Die Führungen beider Parteien traten in Verhandlungen ein, die, nach den letzten Meldungen zu urteilen, erfolgreich verlaufen.

Im Programm der neuen Regierung wird erklärt, daß „Norwegen nach demokratischen Prinzipien verwaltet werden muß“. Die Wahlen zum Storting sollen im kommenden Herbst stattfinden. Die breiten demokratischen Kreise Norwegens haben die Bildung der neuen Regierung begrüßt als einen Schritt auf dem Wege zur Festigung der Demokratie. Aber die Hauptsache steht noch bevor. Es kommt darauf an, daß diese Regierung, gestützt auf die breiten Schichten des norwegischen Volkes, schnell und restlos die Aufgabe löst, die Folgen der deutschen Okkupation auf allen Gebieten im Leben des Landes zu liquidieren.

Über den lateinamerikanischen Block*

F. GOLUBJEW

ALS IN SAN FRANZISKO der Beschluß gefaßt wurde, Argentinien zur Konferenz der vereinten Nationen einzuladen, erstand vor der öffentlichen Meinung der demokratischen Länder unwillkürlich die Frage: Welches ist die wahre Rolle Argentiniens in den gegenwärtigen internationalen Beziehungen, und welche Interessen konnten die Vertreter der Länder der westlichen Halbkugel bewegen,

auf der Teilnahme Argentiniens an der Konferenz zu bestehen? Bekannt ist ja, daß der mexikanische Außenminister Padilla als Hauptverfechter der Einladung Argentiniens hervortrat, und daß bei der Abstimmung in der Vollsitzung der Konferenz die Frage faktisch durch die Stimmen der amerikanischen Länder entschieden wurde.

Manche versuchten, die Einladung Argentiniens mit Berufung darauf zu rechtfertigen,

* Als Diskussionsartikel veröffentlicht.

daß die dort an der Macht stehende militärfaschistische Gruppierung, falls man Argentinien vorschubweise unter die demokratischen Nationen einreicht, in der Tat den Weg der Demokratie beschreiten werde. Nun ist seit dem Erscheinen der argentinischen Delegierten in San Franzisko schon geraume Zeit verstrichen, in Argentinien aber ist alles beim alten geblieben. Keinerlei wesentliche Veränderungen sind in dem Regime dieses Landes wahrzunehmen.

Die Nachsicht gegenüber dem argentinischen Faschismus springt noch mehr ins Auge, wenn man bedenkt, daß die Konferenz in San Franzisko grundsätzlich beschlossen hat, Franco-Spanien nicht unter die Vereinten Nationen aufzunehmen. Die Initiative zu diesem gerechten Beschluß ging ebenfalls von der mexikanischen Delegation aus und fand bei den anderen amerikanischen Republiken Unterstützung.

Somit wird in der westlichen Hemisphäre offensichtlich zweierlei Maß an Länder mit antidemokratischem Regime in Europa und Amerika angelegt, wobei man sich, wie sonderbar das auch ist, dem faschistischen Nachbarn gegenüber nachsichtiger verhält. Nach allen Regeln der Logik wäre doch zu erwarten, daß jede Nation vor allem daran interessiert ist, den faschistischen Unrat aus ihrer unmittelbaren Nachbarschaft loszuwerden. Man soll doch nach dem bekannten Sprichwort vor allem vor seiner eigenen Tür fegen.

Bei dem Versuch, hierfür eine Erklärung zu geben — und solche Erklärungen waren erforderlich, denn die öffentliche Meinung der demokratischen Länder war stark befremdet —, wurde gesagt, die Zugeständnisse an den argentinischen Faschismus seien veranlaßt worden durch die Solidarität der Länder der westlichen Halbkugel. Diese Solidarität wurde auf der Konferenz in Mexiko verkündet, die bekanntlich Argentinien großmütig in die Reihen der „demokratischen Länder“ aufnahm, weil seine usurpatorischen Vertreter ihre Unterschrift unter die sogenannte Deklaration von Chapultepec gesetzt haben. Dabei wurde Argentinien die einzige Bedingung gestellt, den Achsenmächten den Krieg zu erklären. Diese verspätete Geste bleibt der einzige Beitrag Argentinien zur Sache der vereinten Nationen, wogegen es während der ganzen Kriegsdauer dem hitlerfaschistischen Deutschland Beistand geleistet hat.

Das Problem der Solidarität der Länder der westlichen Halbkugel ist zweifellos von Interesse. Ist doch in der Außenpolitik der latein-

amerikanischen Republiken und besonders in der Stellungnahme ihrer Delegationen auf der Konferenz der vereinten Nationen unschwer die Tendenz zu erkennen, das Problem der Sicherheit des amerikanischen Kontinents dem Problem der internationalen Sicherheit, und die Sphäre der Beziehungen zwischen den Ländern der westlichen Halbkugel der Sphäre der Beziehungen zwischen den amerikanischen Republiken und den Staaten der anderen Weltteile gegenüberzustellen.

Gewiß haben die Länder der westlichen Halbkugel nicht wenige Probleme gemeinsam, deren Lösung in Vereinbarungen zwischen ihnen gesucht werden muß. Die Anträge der lateinamerikanischen Vertreter auf der Konferenz in San Franzisko und die von ihnen eingebrachten Abänderungsvorschläge zur Satzung der Vereinten Nationen zeugen jedoch von Tendenzen, die weit über diesen Rahmen hinausgehen. Als Beispiel brauchen nur die Einwände erwähnt zu werden, die in Kreisen der lateinamerikanischen Delegationen gegen die Rolle erhoben wurden, die der Sicherheitsrat in der Organisation der Vereinten Nationen gemäß dem Entwurf der Satzung, wie er in Dumbarton Oaks ausgearbeitet worden war, und gemäß den Beschlüssen der Krimkonferenz spielen soll.

Um einige Wurzeln der Politik der lateinamerikanischen Länder in einer internationalen Arena, wie es die Konferenz von San Franzisko war, aufzudecken, muß man sich der wirtschaftlichen und politischen Lage dieser Länder zuwenden.

Der zweite Weltkrieg hat der wirtschaftlichen Lage der lateinamerikanischen Republiken seinen Stempel aufgedrückt und eine Reihe von Veränderungen in ihren internationalen Beziehungen hervorgerufen. Wirtschaftlich schwach entwickelt und nur über einen äußerst beschränkten inneren Markt verfügend, sind diese Länder in stärkstem Maße von dem Absatz ihrer landwirtschaftlichen oder mineralischen Rohstoffe auf dem Außenmarkt abhängig. Die Ausfuhr einer äußerst beschränkten Anzahl von Waren bildet die wirtschaftliche Hauptbasis der meisten lateinamerikanischen Republiken. Ihre internationalen Beziehungen hängen stets in hohem Grade von der Richtung ihrer Ausfuhr ab.

Waren die USA vor dem Kriege z. B. Abnehmer von 89 Prozent der Ausfuhr Honduras', 81 Prozent der Ausfuhr Kubas, 64 Prozent der Ausfuhr Kolumbiens und Guatemalas und 56 Prozent der Ausfuhr Mexikos, so

ist es durchaus kein Wunder, daß diese Republiken ganz offen viel engere Beziehungen zu ihrem großen Nachbarn im Norden anstrebten. Anders gestaltete sich die Lage in Ländern wie Argentinien, Chile, Brasilien und Uruguay, die die Hauptmasse ihrer Erzeugnisse nach Europa ausführten. Nach Berechnungen des amerikanischen Ökonomen Joan Raushenbush lieferte Lateinamerika vor dem Kriege nach Europa 93 Prozent aller ausgeführten Fleischprodukte, 85 Prozent der Getreideausfuhr, 73 Prozent des Wollexportes und 66 Prozent der Ausfuhr von Häuten und Fellen. Hierbei ist zu beachten, daß der Hauptexporteur dieser Produkte stets Argentinien war. Man begreift daher, daß Argentinien unwiderstehlich nach den europäischen Ländern, insbesondere nach England, das der Hauptabsatzmarkt argentinischer Produkte war, gravitiert.

Der Krieg brachte naturgemäß für die Wirtschaft der Länder Südamerikas, die von den europäischen Absatzmärkten abhängig waren, besonders große Veränderungen. Sie waren gezwungen, für ihre Waren Absatzmärkte in den USA zu suchen, da die anderen amerikanischen Länder als Käufer nicht genügend zahlungsfähig waren (in den Vorkriegsjahren nahmen, nach den Angaben des Bulletins „Panamerica Commercial“, die Märkte ganz Lateinamerikas nur 5,7 Prozent der Ausfuhr dieser Länder auf).

Nun hängen die wirtschaftlichen Verbindungen eines Landes mit der übrigen Welt nicht nur von der Richtung seiner Ausfuhr ab. Die Länder Lateinamerikas, denen keine genügenden Kapitalien zur Erschließung der Naturreichtümer und zur Entwicklung der Volkswirtschaft zu Gebote stehen, sind auch in höchstem Grade von den ausländischen Kapitalinvestitionen abhängig.

Die wirtschaftliche Rivalität der Großmächte in Lateinamerika zieht schon seit langem die Aufmerksamkeit aller einigermaßen aufmerksamen Beobachter und Forscher auf sich.

„Die Rivalität zwischen den ausländischen Besitzern der Kapitalanlagen und Käuflern in Lateinamerika beunruhigt alle, die am Weltfrieden interessiert sind“, schrieb Samuel Guy Inman, ein bekannter Kenner der Probleme dieses Weltteils, in seinem Buch „Lateinamerika“: „... Der Handelskrieg wird mit wachsendem Eifer fortgesetzt. Die Vereinigten Staaten haben ihren Konkurrenten in Mexiko und in den Ländern des Karibischen Meeres überwunden und fassen jetzt festen Fuß in Brasilien, Chile und Peru, den Ländern, die ein Jahrhundert lang als britisches Monopolgebiet galten.“

Diese Worte wurden 1937 geschrieben. Dennoch haben sie ihre Bedeutung auch jetzt noch nicht verloren, denn was Inman „Handelskrieg“ nennt, d. h. die kapitalistische Konkurrenz, wird durch keinerlei internationale Verträge beseitigt. Insbesondere tragen die Monopolorganisationen durchaus nicht immer den politischen Plänen der Regierungen Rechnung. So weiß man z. B. aus den Enthüllungen Biddles, des früheren Staatsanwalts der Vereinigten Staaten, daß die größten amerikanischen Monopolverbände, besonders die Chemiekonzerne (Dupont de Nemours), nicht nur die Maßnahmen der amerikanischen Regierung, Argentinien zum Bruch mit Deutschland zu veranlassen, nicht unterstützten, sondern im Gegenteil die deutschen Unternehmungen in Argentinien, die von der Regierung der USA in die „Schwarze Liste“ eingetragen wurden, unter ihre Fittiche nahmen.

Der Krieg hatte bedeutende Verlagerungen der ausländischen Kapitalinvestitionen in Lateinamerika zur Folge. Vor allem ging ein bedeutender Teil der staatlichen und privaten Obligationen der lateinamerikanischen Länder aus englischen in amerikanische Hände über. Ebenso wie während des Krieges von 1914—1918 verlor Großbritannien wichtige Überseepositionen. Lateinamerikanische Wertpapiere wurden dazu benutzt, englische Schulden in den USA zu begleichen. Andererseits verlor England als Bankier der südamerikanischen Länder an Boden, da die günstige Konjunktur diesen die Möglichkeit bot, einen Teil der in England aufgenommenen Anleihen zu tilgen.

Vom Ausbau der wirtschaftlichen Verbindungen der Vereinigten Staaten mit den lateinamerikanischen Republiken sprechen auch die folgenden Tatsachen.

Die USA waren während des Krieges nicht nur Abnehmer der ganzen Ausfuhr der strategisch wichtigen Rohstoffe Lateinamerikas, sondern sie förderten auch in hohem Grade die Ausweitung dieser Rohstoffgewinnung. Allein in den ersten zwei Kriegsjahren stieg die Ausfuhr aus den Ländern Lateinamerikas nach den USA um 97 Prozent, die Einfuhr aus den USA, trotz der Umstellung ihrer Wirtschaft auf den unmittelbaren Kriegsbedarf, um 47 Prozent („New York Times“ vom 27. April 1942). Die amerikanische Zeitschrift „The New Republic“ vom 2. Oktober 1944 schildert die wirtschaftlichen Beziehungen der Vereinigten Staaten zu den lateinamerikanischen Ländern folgendermaßen:

„In den Jahren 1942 und 1943 riefen diese Einkäufe eine Riesenjagd nach den Schätzen Lateinamerikas hervor, und dessen Reichtümer begannen, wie nie zuvor, zu uns zu strömen. Mexikos Kupfer, Blei, ... Zink, Vanadium, Arsen, Wismut, ... Mangan, ... Zinn ... wurden zu uns transportiert. Die mexikanische Regierung erhöhte die Bergwerkslizenzen in einem Jahr um 500 Prozent. Kubas Chrom, ... Venezuelas Erdöl, Kolumbiens Platin und Erdöl, Boliviens Zinn, ... Chiles Kupfer, ... Kobalt, ... Quecksilber, ... Kautschuk und Faserstoffe aus Mexiko, Haiti und Brasilien, wertvolle Holzsorten aus Ekuador und Honduras, Chinarinde aus Mittelamerika, Peru und Bolivien, Jute aus Brasilien, Fleischkonserven aus Uruguay wurden nordwärts verschifft.

... Die großen Aufwendungen in Lateinamerika während des zweiten Weltkrieges bildeten nicht, wie viele fälschlicherweise annehmen, einen Teil unseres gutnachbarlichen Programms, sondern ergaben sich aus einem anderen Umstand. Als die Japaner durch die Länder des Südpazifik vorrückten, rissen sie bedeutende Ressourcen unserer Rohstoffe an sich. Wir mußten uns Lateinamerika zuwenden, um diese Verluste wettzumachen... In der verzweifelten Jagd nach Erzen, Metallen, Faserstoffen, Holz und selbst Lebensmitteln investierten wir in diesen Ländern große Kapitalien.“

Mit anderen Worten, der Verfasser will betonen, daß die zustande gekommenen engen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den lateinamerikanischen Ländern und den USA eine Erscheinung der Kriegszeit sind. Welche Ursachen nun aber auch diese Veränderungen haben, aus den angeführten Tatsachen erhellt, daß die Verbindungen zwischen den Ländern Lateinamerikas und den USA während des Krieges bedeutend erstarkt sind, und daß diese Länder, die ihre Wirtschaft auf die Versorgung der Kriegswirtschaft der USA umgestellt haben, in bedeutend größere Abhängigkeit von der großen transatlantischen Republik geraten sind.

Im Grunde widerspiegelt das auf der pan-amerikanischen Konferenz in Mexiko verkündete Prinzip der „Solidarität der Länder des amerikanischen Kontinents“ eben das Bestreben sowohl der USA als auch der interessierten Kreise der lateinamerikanischen Länder, die geschaffene Lage auch für die Nachkriegszeit festzuhalten.

Aber diese „amerikanische Solidarität“ ist nicht die einzige und wichtigste Ursache, wenn gefordert wird, daß Argentinien in die inter-amerikanische Organisation und in das internationale Sicherheitssystem aufgenommen werde. Die unmittelbaren Wirtschaftsinteressen der lateinamerikanischen Republiken gebieten keineswegs eine Zusammenarbeit mit der Regierung Farrell-Peron, die nicht das

argentinische Volk, sondern die sogenannte „Gruppe der vereinigten Offiziere“ vertritt, eine faschistische Organisation, deren Mitglieder man glatt in einem Gasthaus mittlerer Größe unterbringen kann.

Man könnte natürlich annehmen, die schwachen Länder Lateinamerikas wünschten die Einbeziehung Argentinien in die inter-amerikanische Organisation, um dort eine Stütze zu haben in Gestalt eines stärkeren und von den USA weniger abhängigen Landes, das bereits über frühere Erfahrungen in der Schaffung von südamerikanischen Blocks verfügt, die ein Gegengewicht gegen die Macht der USA bilden würden. Warum aber unterstützen dann die Leiter der Außenpolitik der USA so aktiv das Prinzip der „amerikanischen Solidarität“ Argentinien gegenüber?

Berücksichtigt man alle diese Erwägungen, so muß man der Annahme eine gewisse Berechtigung zuerkennen, daß die Stellungnahme der USA gegenüber der faschistischen Regierung Argentinien nicht so sehr durch die „kontinentale Solidarität“ als vielmehr durch die Befürchtung zu erklären ist, die argentinische Politik könnte andere Wege einschlagen. Welche Wege? Darüber spricht z. B. der seinen Anschauungen nach dem Offiziersklüngel Farrell-Peron nahestehende argentinische Ökonom Alexandro E. Bunge. In dem Buch „Das neue Argentinien“ vertritt er den Gedanken, für die Nachkriegszeit einen südamerikanischen Zollverein unter Führung Argentinien zu schaffen, der die Ausfuhr nach den europäischen Ländern, hauptsächlich nach England, organisieren soll. Hinter diesen Vorschlägen steckt unstreitbar die Tendenz, Argentinien und offenbar auch seine ehemaligen Bundesgenossen aus dem sogenannten ABC-Block — Brasilien und Chile — dem mächtigen Block der übrigen um die USA zusammengeschlossenen amerikanischen Länder entgegenzustellen.

Die Geschichte der internationalen Beziehungen kennt nicht wenige Beispiele, die zeigen, wie den Kräften der Reaktion, die für den Frieden unter den Völkern eine offensichtliche Gefahr darstellen, Vorschub geleistet wurde. Eine solche Politik war in den Vorkriegsjahren die Münchener Politik der Zugeständnisse an den Aggressor. Es ist nicht abzuleugnen, daß in der Nachsicht gegenüber dem argentinischen Regime, die bestimmten Erwägungen entspringt, die gleichen Tendenzen zum Vorschein kommen. Darüber wird in den demokratischen Kreisen Argentinien und anderer Länder Amerikas offen gesprochen.

So vergleicht der bekannte Journalist Samuel Grafton in der „New York Post“ den Kampf der Sowjetdelegation in San Franzisko gegen den „legal anerkannten Faschismus Argentiniens“ mit dem Kampf der Sowjetvertreter auf den Tagungen des Völkerbunds „gegen den legal anerkannten Faschismus Deutschlands“. Und der Rundfunkkommentator Sergio erklärt:

„Die Welt ist noch immer mit faschistischen Bazillen verseucht, und Argentinien ist ein ebensolcher Träger dieser Bazillen, wie es seinerzeit Mussolini und Hitler waren.“

In diesen Urteilen kommt unzweifelhaft die demokratische öffentliche Meinung Amerikas zu Worte. Sie beweisen, daß die Erklärungen des verstorbenen Präsidenten Roosevelt über die Notwendigkeit, den nazistischen-faschistischen Einfluß in den amerikanischen Ländern auszumerzen, nicht in Vergessenheit geraten sind. Die argentinischen Demokraten erinnern ihrerseits an Stettinius' Worte vom vorigen Jahre: „Wir wollen auf dieser Halbkugel keinen Faschismus...“ Jetzt sind diese Erklärungen gleichsam ad acta gelegt — um die interamerikanische Solidarität der Form nach zu erhalten. Vielleicht auch in der Hoffnung, daß Farrell-Peron und ihr Klüngel zum Dank für die erhaltene Unterstützung Verzicht leisten auf die „Mission Argentiniens, Führer Südamerikas zu werden“, von der sie in ihrer Denkschrift vom 3. Mai 1943 sprachen, als sie noch offen dazu aufriefen, „dem Beispiel Deutschlands zu folgen“. Hierüber hat die Zeit bereits entschieden. Peron und sein Klüngel haben auf ihre „Mission“, die die Unabhängigkeit Uruguays, Paraguays und Boliviens bedroht, nicht verzichtet. Auch ihr auf der Konferenz in Mexiko gegebenes Versprechen, ihr Regime zu „demokratisieren“, haben sie nicht erfüllt. Im Gegenteil, die Presse der demokratischen Länder bringt täglich immer neue Nachrichten über das Wüten des faschistischen Terrors, über die Verfolgung aller fortschrittlichen Elemente und über die Begünstigung der Hitlerverbrecher in Argentinien.

Die amerikanische nationale Rundfunkgesellschaft kennzeichnete am 11. Juni 1945 die Lage in Argentinien folgendermaßen:

„Auf der Konferenz in Chapultepec hat sich die Regierung Argentiniens verpflichtet, Schritte zur Liquidierung ihrer Diktatur zu unternehmen. Wie der Staatssekretär der USA am 29. Mai betonte, ist Argentinien durch die Zulassung zur Konferenz der vereinten Nationen in San Franzisko noch mehr verpflichtet, diese Verpflichtungen zu erfüllen, zu denen auch die Gewährung

der Freiheit des gesprochenen und gedruckten Wortes und die Erweiterung der bürgerlichen Freiheiten gehören. Die beunruhigenden Mitteilungen, die trotz der drakonischen politischen Zensur aus Buenos Aires durchsickern, sind durchaus kein Zeichen dafür, daß die argentinische Regierung irgend etwas zur Erfüllung der Verpflichtungen unternimmt, die sie vor aller Welt auf sich genommen hat.“

Die Straflosigkeit der Faschisten in Argentinien ermuntert ihre Komplizen in den anderen amerikanischen Ländern. Der amerikanische Journalist Edgar Anselm Mowrer schrieb kurz vor Beendigung des Krieges in Europa:

„Zu der gleichen Zeit, wo der letzte militärische Widerstand Deutschlands gebrochen wird, beginnt eine andere Nazarmee in Zivil eine neue Offensive außerhalb Deutschlands und benutzt die westliche Halbkugel als ihre Hauptbasis.“

Wie dieser gut unterrichtete Journalist berichtet, wurden nicht nur in Argentinien, sondern auch in Mexiko „keinerlei durchgreifende Maßnahmen gegen die Hitleragenten und gegen die Verbreitung des hitlerfaschistischen Einflusses in Amerika getroffen“. Mowrer führt folgende Tatsachen an:

1. Die Hitlerfaschisten haben ihre Positionen in der Industrie und im Handel Mexikos behauptet, indem sie ihre Betriebe Strohmännern übergaben.

2. Viele leitende Hitlerfaschisten wurden dank ihrem „Einfluß innerhalb der Regierung“ auf freien Fuß gesetzt, beschäftigen sich mit Spionage und Propaganda und versuchen mit allen Mitteln, in die Wirtschaft einzudringen.

3. Es sind viele Hitlerfaschisten neu eingetroffen, die an dem Krieg gegen die vereinten Nationen teilgenommen haben.

4. Eine Gruppe namhaftester mexikanischer Nazis wurde nicht auf die amerikanische und englische „Schwarze Liste“ gesetzt.

5. Die Hitlerfaschisten sind mit den mexikanischen Faschistengruppen vom Schlage der Synarchisten eng verbunden.

Diese von mexikanischer Seite nicht widerlegten Angaben zeugen von der Aktivität der Hitleragentur selbst in Mexiko, ungeachtet seines demokratischen Regimes. Man kann sich leicht vorstellen, wie sehr die Hitlerfaschisten in Argentinien freie Hand haben, wo ein faschistischer Klüngel an der Macht steht, wo Organisationen der spanischen Falange offen bestehen und unter dem Deckmantel von allerlei „Wohltätigkeits“- und „Kultur“-vereinen die Hitlerorganisationen der nach Tausenden zählenden deutschen Kolonie tätig sind.

Vergebens suchen die Politiker jenseits des

Ozeans, die die Nichteinmischung nichtamerikanischer Länder in Angelegenheiten der westlichen Halbkugel fordern, vor diesen Tatsachen die Augen zu schließen. Ein solcher Standpunkt fördert nicht nur das Gedeihen der faschistischen Brutstätte in Argentinien, sondern ermuntert auch die Nazielemente in den anderen Ländern Amerikas.

Der bekannte im Exil lebende argentinische konservative Politiker Rodolfo Moreno schrieb am 15. August 1944:

„Das Problem einer Regierung hitlerfaschistischen Musters in irgendeinem amerikanischen Lande ist nicht von lokaler Bedeutung... Ermöglicht man der jetzigen argentinischen Regierung, sich zu stabilisieren, so wird es unstreitig zu Überfällen auf benachbarte Länder kommen. Amerika wird sich vor dieselben Probleme gestellt sehen wie Europa.“

Die führenden politischen Kreise der amerikanischen Länder zeigen leider nicht die Bereitschaft, solchen warnenden Stimmen Gehör zu schenken. Dort ist man geneigt, die verlogenen Beteuerungen des Militärklüngels in Buenos Aires für bare Münze zu nehmen. Dieser Umstand flößt um so größere Unruhe ein, als es Usurpatoren und Würger der demokratischen Freiheiten nicht nur in Argentinien, sondern auch sonst noch auf der westlichen Halbkugel gibt. So befindet sich die Macht in Paraguay in der Hand eines ebensolchen Offiziersklüngels, und in Bolivien besteht die Regierung Villaroel, die ebenfalls durch einen militärischen Staatsstreich zur

Macht kam. In Nicaragua regiert seit 1936 der General Somossa, der auf demselben Wege die Macht erlangte. In San Salvador ist die Lage ähnlich, in der Dominikanischen Republik besteht seit 1930 und in Honduras seit 1933 eine Militärdiktatur, und die demokratischen Politiker dieser Länder befinden sich im Exil.

Es ist kein Geheimnis, daß der deutsche Faschismus schon seit langem begonnen hat, sich Stützpunkte in Lateinamerika zu schaffen. Die Minierarbeit der faschistischen „fünftens Kolonne“ in den Ländern der westlichen Halbkugel ist eine völlig reale Bedrohung nicht nur des Friedens und des Gedeihens dieser Länder, sondern auch der internationalen Sicherheit. Angesichts der Lehren des Krieges wäre es nur natürlich, wenn sich die lateinamerikanischen Länder auf dem Boden des gemeinsamen Kampfes gegen diese Gefahr zusammenschließen. Indes sehen wir, daß selbst die demokratischsten Länder, die den lateinamerikanischen Block bilden, übermäßige Nachsicht gegenüber dem Faschismus im Namen der „amerikanischen Solidarität“ üben. Die endgültige Vernichtung des Faschismus gebietet die Aushebung der letzten Brutstätten der braunen Pest, wo immer sie sich befinden. Es ist nur zu bedauern, daß die eigenartige Auslegung der „amerikanischen Solidarität“ durch viele Vertreter der amerikanischen Länder in Wirklichkeit der Galvanisierung des verwesenden faschistischen Kadavers dient.

Demobilisierungsprobleme in England

S. WTOROW

NACHDEM die gemeinsamen Anstrengungen der Roten Armee und der Truppen der Verbündeten zur siegreichen Beendigung des Krieges in Europa geführt haben, sieht England sich vor die Aufgabe gestellt, seine Armee teilweise zu demobilisieren. Nun, wo das hitlerfaschistische Deutschland niedergeworfen ist, braucht auch die Rüstungsproduktion nicht in dem früheren Umfang fortgesetzt zu werden.

In erster Linie geht es um die Aufgabe, einen Teil der Armeeangehörigen zu entlassen und sowohl für die demobilisierten Soldaten als auch für die durch die Produktionseinschränkung in der Rüstungsindustrie frei werdenden Arbeitskräfte Arbeitsgelegenheit

zu schaffen. Diese keineswegs leichte Aufgabe der Demobilisierung der Menschenreserven ist jetzt eines der zentralen Probleme im politischen Leben Englands. Das ist während der Wahlkampagne klar zum Ausdruck gekommen, was auch nicht verwunderlich ist, da die Demobilisierung der Menschenreserven nicht so sehr ein organisationstechnisches als vielmehr ein sozialpolitisches Problem darstellt.

Der politische Kampf um die Frage der Demobilisierung der Armee und der Arbeitskräfte wird durch die vom englischen Volk nicht vergessenen traurigen Erfahrungen gefördert, die bei der Demobilisierung nach dem ersten Weltkriege gemacht wurden.

Die damalige englische Regierung hatte für die Verwendung der Arbeitskräfte überhaupt keinen Plan, und was die Demobilisierung der Armee anbelangt, so war das diesbezügliche Projekt auf dem Prinzip der Auswahl nach Berufen aufgebaut. Der Reihe nach sollten zuerst diejenigen aus dem Militärdienst entlassen werden, die wegen ihrer Fachausbildung in der Volkswirtschaft dringlicher gebraucht wurden. Aber der Drang der Soldaten, so rasch als möglich heimzukehren, warf dieses gekünstelte Schema über den Haufen. Das Ergebnis war, daß die Demobilisierung ganz regellos verlief. Millionen heimgekehrter Soldaten konnten keine Arbeit finden. Es entstand eine Lage, die als „Demobilisierungschaos“ bezeichnet wurde und die ein Anwachsen der oppositionellen Stimmungen unter den Massen begünstigte.

Dank den Erfahrungen von 1918/19 hat man sich diesmal viel vorsichtiger und realistischer auf die Demobilisierung der Armee vorbereitet. Im Jahre 1944 kam es in der englischen Presse zu einer Diskussion über diese Frage, wobei verschiedene Meinungen hervortraten. Die einen wollten, daß bei der Demobilisierung in erster Linie die älteren Jahrgänge aus dem Militärdienst entlassen werden. Andere dagegen waren der Ansicht, daß man bei der Staffelfung der Demobilisierung die Dauer der Dienstzeit berücksichtigen müsse. Da nun die jungen Jahrgänge früher einberufen worden sind als die älteren, müßten sie auch früher nach Hause geschickt werden. Wieder andere vertraten den Standpunkt, daß bei der Demobilisierung in erster Linie die Erfordernisse der Wirtschaft berücksichtigt werden müßten, und daß daher vor allem die Facharbeiter entlassen werden sollten, die bei der Rückführung der Volkswirtschaft auf die Friedensproduktion gebraucht werden. Insbesondere forderten die Industriellen die Heimkehr der Ingenieure, Konstrukteure, Techniker, Zeichner sowie der Facharbeiter, die notwendig sind, um die Umstellung der Industrie auf Friedensproduktion vorzubereiten.

Der Ende 1944 veröffentlichte Regierungsentwurf bildete ein Kompromiß zwischen den genannten verschiedenen Vorschlägen. Der Entwurf teilte alle Militärpersonen, die nach Beendigung des Krieges in Europa demobilisiert werden sollen, in zwei Klassen ein. Klasse A umfaßt die Personen, die auf Grund ihres Alters und ihrer Dienstzeit demobilisiert werden. Zur Klasse B zählen die qualifizierten Facharbeiter, die entsprechend den Erfordernissen der Wirtschaft zu entlassen

sind. Die Reihenfolge innerhalb der Klasse A wird durch ein kombiniertes Verfahren bestimmt, wobei sowohl das Alter als auch die Dienstzeit in Rechnung gestellt werden. Dabei werden zwei Monate Dienstzeit einem Jahre des Lebensalters gleichgesetzt. In Klasse B (also nach dem Berufskriterium) werden in erster Linie Bauarbeiter demobilisiert, die für den Wiederaufbau der zerstörten Gebäude gebraucht werden. Die Demobilisierten der Klasse B sollen (nach dreiwöchigem Urlaub) dabei eine bestimmte Arbeitsstelle angewiesen erhalten. Die Demobilisierten der Klasse A hingegen haben Anspruch auf achtwöchigen Urlaub, wonach sie sich selber nach Arbeit umzusehen haben.

Darin besteht in großen Umrissen der Regierungsentwurf für die Demobilisierung der Armee. Man erkennt deutlich das Bestreben, einer massenhaften, spontanen Demobilisierung vorzubeugen, wobei dauernd der Gedanke des „gebremsten Abgleitens“ durchschimmert.

Gleichzeitig bietet der Entwurf mit seinem doppelten und komplizierten Verfahren bei der Demobilisierungsstaffelfung Anlaß zu Streitigkeiten, Mißverständnissen, Mißbräuchen und Unzufriedenheit unter den Soldaten, die doch in kürzester Frist heimzukehren wünschen.

Auf welche Art immer die Demobilisierung der Militärpersonen durchgeführt wird, sie muß in letzter Linie doch dazu führen, daß mehrere Millionen männlicher Arbeitsuchender auf dem Arbeitsmarkt erscheinen. Noch komplizierter ist das Problem der Demobilisierung der Arbeiter der Kriegsindustrie. Bekanntlich wurde in England während des Krieges die Arbeitspflicht eingeführt, die die Hauptmasse der erwachsenen Männer und Frauen erfaßte. Es erfolgten große Veränderungen in bezug auf Zahl und Zusammensetzung der englischen Arbeiterschaft. Obwohl an die fünf Millionen Menschen zur Armee und Flotte einberufen worden waren, blieb die Gesamtzahl der in der englischen Wirtschaft Beschäftigten auch während des Krieges etwa auf dem Stande von 1939. Die Einberufungen wurden wettgemacht durch den Arbeitseinsatz neuer Gruppen von Arbeitern und Angestellten wie Frauen, Jugendliche, Leute vorgerückten Alters usw. Dadurch hat sich die Zusammensetzung der Arbeiterklasse in bezug auf Alter und Geschlecht bedeutend verändert. So waren z. B. im Maschinenbau 1940 nur 16 Prozent der Belegschaft Frauen, im Jahre 1943 bereits 35 Prozent. In der Flugzeugindustrie stieg der Anteil der Frauenarbeit von 12 auf 40 Pro-

zent. In den chemischen Betrieben stellen die Frauen mehr als die Hälfte der Belegschaften.

Große Verlagerungen sind in der Verteilung der Arbeitskräfte auf die einzelnen Industriezweige vor sich gegangen. In der Schwerindustrie und den Rüstungsbetrieben ist die Zahl der Arbeiter gestiegen, während sie in der Leichtindustrie zurückgegangen ist. Nach offiziellen Angaben waren 1944 rund fünf Millionen Menschen mit der Erzeugung von Waffen und anderem Kriegsgerät beschäftigt. Diese Arbeiter werden nach Einstellung der Kriegshandlungen neue Arbeit suchen müssen. Dabei besteht ein wesentlicher Unterschied zwischen den sogenannten „konvertierten“ Betrieben (d. h. den Zivilbetrieben, die für die Kriegszeit auf Kriegsproduktion umgestellt wurden) und den speziellen Stammbetrieben der Kriegsindustrie. Die ersteren können zu ihrer Friedensproduktion zurückkehren, während die letzteren, um von Kriegs- auf Friedensproduktion übergehen zu können, erst einer bedeutenden Rekonstruktion bedürfen und neue Absatzmärkte suchen müssen. Ein weiterer wichtiger Unterschied liegt darin, daß die speziellen Kriegsbetriebe in der Regel nicht Privatfirmen gehören, sondern Staatsbetriebe sind, auch wenn sie vertraglich von Privatsellschaften bewirtschaftet werden.

Die in dem Bau von Rüstungswerken und Hilfsbetrieben (Fabriken zur Erzeugung von Aluminium, Magnesium, Chemikalien u. dgl.) investierten Staatskapitalien sind recht bedeutend. Von 1935 bis 1945 hat die englische Regierung 864 Millionen Pfd. St. in solchen Betrieben angelegt. Dadurch befinden sich heute etwa 1000 Unternehmungen der verschiedenen Industriezweige, vornehmlich im Flugzeugbau, in der chemischen Industrie und im Maschinenbau, in Staatsbesitz.

Lord Woolton, der englische Minister für den Wiederaufbau, hat sich über die wahrscheinliche Zahl der zu demobilisierenden Soldaten und Rüstungsarbeiter dahingehend geäußert, daß nach Beendigung des Krieges etwa 10 Millionen Menschen ihre Arbeitsplätze wechseln müssen. Diese gewaltige Wanderung der Arbeitskräfte bringt eine Reihe schwieriger Aufgaben mit sich. Vor allem erhebt sich die Frage, ob die Verteilung der Arbeitskräfte auch in Friedenszeiten von Staats wegen erfolgen wird, oder ob sie dem regellosen Kräftespiel der kapitalistischen Wirtschaft überlassen bleiben wird. Besonders große Aufmerksamkeit widmet die englische Öffentlichkeit der Frage der sogenannten „Mobilität“ (Beweglichkeit) der Arbeitskräfte.

Unter „Mobilität“ versteht man in Regierungskreisen das Recht der Staatsorgane, die Arbeiter zur Arbeit in beliebigen Landesteilen zu verpflichten. Das von der englischen Regierung 1944 veröffentlichte „Weißbuch über Arbeitsbeschaffungspolitik“ betrachtete die Mobilität der Arbeitskräfte als notwendige Bedingung zur Abwendung der Arbeitslosigkeit. Der Liberale Beveridge, Verfasser des bekannten Sozialversicherungsentwurfs, unterstützte ebenfalls die Idee der „Mobilität“, da er der Ansicht war, daß „die Arbeitslosenunterstützung kein Hindernis werden darf für die Mobilität der Arbeit und für die Interessiertheit bei der Arbeitssuche“. Andererseits äußerten sich die englischen Trades Unions in ihrer Denkschrift über den Nachkriegsaufbau „gegen alle Versuche des Staates, das Recht in Anspruch zu nehmen, die Arbeiter in andere Landesteile oder andere Industriezweige überzuführen oder zu dirigieren“. Angesichts der Stellungnahme der Arbeiter zu dieser vielgepriesenen „Mobilität“ geben nüchtern denkende englische Wirtschaftsorgane zu, daß alle Pläne, die einen zentralisierten und obligatorischen Arbeitskrafttransfer bezwecken, unerfüllbar sind, und daß es daher nicht möglich sein wird, sich der „Mobilität“ als eines wirksamen Mittels zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu bedienen.

Für die Arbeitsbeschaffung nach dem Kriege gibt es außer der Frage der „Mobilität“ noch das äußerst schwierige Problem der Umstellung der Kriegsbetriebe (hauptsächlich Staatsbetriebe) auf Friedensproduktion. Hier fragt es sich vor allem: Sollen die auf Staatskosten erbauten Betriebe Regierungsbesitz bleiben oder sollen sie Privatfirmen überlassen werden? Wenn sie in Staatsbesitz bleiben und auf Friedensproduktion umgestellt werden, so werden sie den Privatfirmen, die gleichartige Güter erzeugen, Konkurrenz machen. Eine solche Konkurrenz ist den Industriekonzernen durchaus nicht erwünscht. Angesichts des Einflusses dieser Konzerne wird die Regierung wohl nur diejenigen Staatsbetriebe behalten, die entweder auch weiter Kriegsmaterial erzeugen oder einfach stillgelegt, „konserviert“ werden. Da jedoch bei Kriegsende große Waffenvorräte aufgestapelt bleiben, so erübrigt es sich, die Kriegsproduktion in großem Umfange fortzusetzen. Vom Standpunkte der Industriellen wäre die Konservierung des größten Teils der Staatsbetriebe die beste Lösung, aber leider kann man die in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter nicht „konservieren“.

Somit bleibt vom Gesichtspunkt der Industriellen nur das eine übrig: diese staatlichen Werke Privatunternehmungen zu Friedenszwecken zu überlassen. Werden aber die Privatfirmen gewillt sein, diese Werke zu übernehmen und sie voll beschäftigen können? Es liegt natürlich kein Grund vor, diese Frage zu bejahen. Schon jetzt hat die Einschränkung der Staatsaufträge in manchen Kriegsbetrieben beträchtliche Entlassungen zur Folge gehabt. Natürlich herrscht deshalb unter den Rüstungsarbeitern große Besorgnis über das künftige Schicksal dieser Betriebe, von dem doch auch ihr eigenes Los abhängt.

Die Frage der Arbeitsbeschaffung nach dem Kriege wird noch weiter dadurch kompliziert, daß während des Krieges infolge der Vervollkommnung der Technologie und der Arbeitsorganisation die Arbeitsproduktivität in bestimmtem Maße gestiegen und folglich die zur Erzeugung eines bestimmten Produktionsquantums erforderliche Arbeiterzahl geringer geworden ist. Wenn also die Produktion zum Vorkriegsniveau zurückkehrt, wird sich ein Überschuß an Arbeitskräften ergeben, erstens infolge der erhöhten Zahl der Arbeitsuchenden und zweitens infolge der gesteigerten Stundenleistung. Obwohl in England nicht wenig Papier zur Ausarbeitung der verschiedensten, eine „Vollbeschäftigung“ anstrebenden Projekte verbraucht worden ist, lastet dennoch die Perspektive einer Massenarbeitslosigkeit wie ein schwerer Alpdruck auf dem öffentlichen Leben des Landes. Die Methoden des „gebremsten Abgleitens“ bei der Demobilisierung sowohl der Armee als auch der Industrie können diese Schwierigkeiten wohl hinausschieben, aber nicht überwinden. Sie verwandeln bloß die akute Krankheit in eine schleichende, chronische.

Eng verbunden mit der Frage der Arbeitsbeschaffung ist das große und schwierige Problem des Nachkriegsexports. Bekanntlich spielte in England auch vor dem Kriege die Warenausfuhr eine hervorragende Rolle, doch war sie damals nicht die einzige Quelle zur Deckung der notwendigen Einfuhr. Diese Einfuhr wurde in bedeutendem Maße aus den Gewinnen bestritten, die die englischen Kapitalanlagen im Auslande, die Frachtgebühren der englischen Schifffahrt und andere Formen des sogenannten unsichtbaren Exports erbrachten.

Der zweite Weltkrieg brachte eine Änderung der Situation. Die englischen Kapitalanlagen im Auslande sind stark zurückgegangen, und die englische Kriegsschuld ist mächtig angewachsen. Daher wird die Warenausfuhr

eine viel größere Rolle spielen. Nach manchen Berechnungen müßte die Ausfuhr mindestens um 50 Prozent größer sein als vor dem Kriege, wenn England imstande sein soll, die notwendige Einfuhr von Rohstoffen und Nahrungsmitteln zu bezahlen. Dabei könnte die Arbeit für den Außenmarkt einen bedeutenden Teil der infolge der Einschränkung der Kriegsproduktion frei werdenden Arbeitskräfte beschäftigen.

Ohne ausreichenden Export kann also die englische Industrie nicht mit den notwendigen Importrohstoffen versorgt werden und folglich auch nicht die frei gewordenen Arbeitskräfte beschäftigen. Andererseits würde bei ungenügendem Außenmarkt der verringerte Absatz einer Erhöhung des Beschäftigungsgrades in der englischen Industrie im Wege stehen.

Aber die Wiederherstellung der englischen Ausfuhr im Ausmaße der Vorkriegszeit, von ihrer Ausdehnung in dem oben erwähnten Umfang gar nicht zu reden, wird auf ernste Hindernisse stoßen. Während des Krieges sind viele Länder, die früher englische Waren konsumierten, durch die deutsche Okkupation ruiniert worden, und ihre Kaufkraft ist jäh gesunken. Auf vielen überseeischen Märkten wurden die englischen Waren durch die Erzeugnisse anderer Länder verdrängt. Die Vereinigten Staaten von Amerika, Kanada und Australien, die während des Krieges ihren Produktionsapparat bedeutend vergrößert haben, sehen sich veranlaßt, neue Absatzmärkte für ihre Industrieproduktion zu suchen. Der Kampf auf dem Weltmarkt wird somit zweifellos sehr heftige Formen annehmen. Der Erfolg wird in bedeutendem Maße von den Preisen abhängen. Werden die britischen Waren ihrer Preislage nach mit den Erzeugnissen der anderen Exportländer konkurrieren können? — das ist die Frage, die in den verschiedensten Kreisen der englischen Öffentlichkeit erörtert wird.

Von diesem Gesichtspunkte aus ist die Frage besonders aktuell, wie sich die Produktionskosten in der englischen Industrie (besonders in den für die Ausfuhr arbeitenden Industriezweigen) zu den Produktionskosten in anderen Ländern verhalten. Bereits 1942 und 1943 wurden aus England nach den Vereinigten Staaten Gruppen von Fachleuten geschickt, um die Produktionsleistungen und die Produktionskosten in der amerikanischen Industrie zu untersuchen und sie mit den entsprechenden englischen Kennziffern zu vergleichen.

Das Ergebnis dieser Untersuchungen war für die englische Industrie, insbesondere für die Textilindustrie und den Kohlenbergbau, äußerst unerfreulich. Es ergab sich eine gewaltige Spannung zwischen der Stundenleistung in den englischen und in den amerikanischen Betrieben. Diese Tatsache bildete den Ausgangspunkt einer Kampagne zur organisatorischen und technischen Umstellung der englischen Industrie, um sie dem Niveau der amerikanischen Industrie anzugleichen.

Wie diese Aufgabe gelöst werden soll, darüber gehen die Meinungen in England bekanntlich scharf auseinander. In der Arbeiterbewegung, darunter auch in Gewerkschaftskreisen, gilt es als unbestreitbar, daß zur Bewältigung dieser Aufgabe die Nationalisierung der Hauptzweige der Schwerindustrie, in erster Linie des Kohlenbergbaus, erforderlich ist. In Kreisen der Unternehmer und ihrer Vertreter dagegen leitet man aus der Tatsache des hohen Arbeitsaufwands und der hohen Produktionskosten in der englischen Industrie die Notwendigkeit einer Senkung des Arbeitslohns ab. Die technische Rekonstruktion der Produktion liege noch in weiter Ferne. Die nächstliegende Aufgabe bestehe darin, die Arbeitsintensität zu erhöhen und den Arbeitslohn zu senken. Die Offensive gegen den Ar-

beitslohn und überhaupt gegen den Lebensstandard der englischen Arbeiter — das ist die Hauptmethode, mit der die englischen Industriellen und Exporteure die englischen Waren auf dem Weltmarkte konkurrenzfähig zu machen gedenken.

Allein die allgemein bekannten Tatsachen, besonders im Kohlenbergbau, lassen ernsthaft daran zweifeln, ob es der britischen Industrie auf diesem Wege, ohne tiefgehende wirtschaftliche, organisatorische und technische Umgestaltung der Produktion gelingen wird, erfolgreich auf dem Weltmarkte, außerhalb des britischen Reiches, aufzutreten, dessen Absatzmärkte bekanntlich durch entsprechende Schranken vor der ausländischen Konkurrenz geschützt sind. Dabei dürfen die Chancen der englischen Ausfuhr in der gegenwärtigen Situation nicht bloß unter dem Gesichtswinkel der Preisgestaltung betrachtet werden. Eine äußerst wichtige Voraussetzung für die Nachkriegsentwicklung des Außenhandels und die wirtschaftliche Lage Englands überhaupt ist die Entwicklung und Festigung der internationalen Zusammenarbeit. Somit ist das innerpolitische Problem des Arbeitseinsatzes in England unzertrennlich verbunden mit dem Gesamtkomplex seines internationalen politischen und wirtschaftlichen Handelns.

INTERNATIONALE UMSCHAU

NOTIZEN

EIN PROJEKT ZUR BESCHRÄNKUNG DER RECHTE DER AMERIKANISCHEN ARBEITER

Im Senat der USA ist eine Gesetzesvorlage über die Neuordnung der Beziehungen und das Verfahren bei der Schlichtung von Konflikten zwischen Arbeitern und Unternehmern eingebracht worden. Durch diese Vorlage soll versucht werden, das seit 1935 geltende sog. Gesetz Wagner aufzuheben, das die Rechte der Arbeiter auf gewerkschaftliche Organisation, den Abschluß von Kollektivverträgen und Führung von Streiks vorsieht. Diese Rechte zu beschränken — das ist der Zweck der Gesetzesvorlage, wie sie von einem besonderen Komitee ausgearbeitet worden ist, dessen Tätigkeit von Samuel Fels aus Philadelphia, einem früheren Großfabrikanten aus der Seifenindustrie, finanziert wurde.

Die Vorlage ist ein umfangreiches kasuistisches Dokument. Sie beschränkt das Recht der Arbeiter, Gewerkschaften zu gründen. Eine Gewerkschaft, deren Leiter bei den Wahlen nicht 75 Prozent der Stimmen aller Mitglieder der betreffenden Organisation erhalten haben, wird für ungesetzlich erklärt. Ein Kollektivvertrag, der von weniger als 60 Prozent der Arbeiter, auf die er sich erstreckt, gutgeheißen wird, soll ungültig sein usw. Die Vorlage enthält Bestimmungen über das Verfahren bei der Vermittlung und der Zwangsschlichtung und sieht vor, daß zu diesem Zweck eine besondere Verwaltung geschaffen wird. Bis zur Behandlung der Konflikte durch besondere Kommissionen, falls die erwähnte Verwaltung die Einsetzung solcher Kommissionen für notwendig hält, sind Streiks verboten.

Die Führer aller großen Gewerkschaften — des Kongresses der Industriegewerkschaften (Congress of Industrial Organizations), der Amerikanischen Arbeitsföderation (American Federation of Labor) und der Eisenbahnergewerkschaften — haben sich gegen diese Vorlage ausgesprochen und sie als eine „Zwangsjacke“ für die Arbeiter bezeichnet. Die Arbeiteröffentlichkeit sieht in der Vorlage einen Versuch, die wichtigsten Grundlagen der Arbeitsgesetzgebung zu liquidieren, die nach einem vieljährigen Kampf der Arbeiterklasse und beharrlichen Bemühungen aller fortschrittlichen Gesellschaftsschichten in die Tat umgesetzt worden ist.

Die fortschrittliche Presse übt scharfe Kritik an der Vorlage. Insbesondere erklären die Zeitungen, daß sie die Möglichkeit gibt, die Gewerkschaft aus dem geringfügigsten Anlaß vor das Gericht zu zitieren. Die Zeitung „P. M.“ schreibt, die Aussicht auf endlose Gerichtshändel sei offenbar verlockend für die Juristen, die die Vorlage verfaßt haben, und deren Auftraggeber, die großen Korporationen, die darauf spekulieren, die Gewerkschaften auf diese Weise ohnmächtig zu machen.

Auf der anderen Seite wird die Vorlage von der den Unternehmerkreisen nahestehenden Presse über den grünen Klee gelobt. So einflußreiche Zeitungen wie „New York Times“, „New York Herald Tribune“ und „Sun“ in Baltimore sprechen sich zu ihren Gunsten aus.

Die amerikanische Reaktion rüstet sich also auf ihre Weise, die Schwierigkeiten zu überwinden, die mit der Umschaltung der Wirtschaft auf die Friedensverhältnisse und der dadurch hervorgerufenen Gefahr der Massenarbeitslosigkeit verbunden sind.

VON DEN PARLAMENTSSITTEN DER REAKTIONÄRE IN DEN USA

Die amerikanische Parlamentspraxis kennt eine eigenartige Methode, mit deren Hilfe eine kleine Gruppe von Kongreßmitgliedern die Annahme eines von der Mehrheit unterstützten, ihr selber aber unerwünschten Beschlusses in starkem Maße erschweren kann. Wir sprechen von der Obstruktion. Die betreffenden Gentlemen halten bei der Beratung einer solchen Gesetzesvorlage oder der Beschlußfassung weitschweifige Reden und dehnen die Debatten endlos aus. Mancher Redner beginnt seine Rede am Anfang einer Sitzung, bricht sie ab, wenn die Sitzung geschlossen wird, um sie bei Beginn der folgenden Sitzung wieder fortzusetzen,

usw. Der Redner spricht, wovon er will; er verliest ganze Seiten aus der Bibel und erzählt Witze, bloß um die Zeit totzuschlagen. Diese Obstruktion bezweckt, die Abstimmung über die Frage zu verhindern und die „Debatten“, sei es auch bis zum Ende der Tagungsperiode, hinauszuziehen. Obwohl alle den böswilligen Hintergedanken der Obstruktion kennen, ist es unmöglich, einen solchen Redner zu unterbrechen oder ihm das Wort zu entziehen, denn es herrscht — parlamentarische Demokratie!

In den letzten Junitagen wurde eine solche Obstruktion im amerikanischen Senat von einer Gruppe von Reaktionären durchgeführt, die die Annahme des Gesetzes über die Verlängerung der Tätigkeit des sogenannten Komitees zur Sicherung einer gerechten Vermittlung von Arbeitskräften vereiteln wollten. Dieses Komitee wurde während des Krieges ins Leben gerufen und verfolgt das Ziel, die Rassendiskrimination zu bekämpfen. Die Kriegsindustrie brauchte Arbeitskräfte, und Präsident Roosevelt traf ernste Maßnahmen, um die Vorurteile unter den amerikanischen Industriellen zu überwinden und sie zu zwingen, Neger als Arbeiter einzustellen. Damit dieses Komitee seine Arbeit fortsetzen könne, bedurfte es neuer Geldbewilligungen, denn die Frist für die Ausnutzung der zu diesem Zweck vorgesehenen Mittel lief am 30. Juni ab. Obwohl die Regierung eine entsprechende Vorlage einbrachte, vermochte der Kongreß nicht, bis zu diesem Zeitpunkt die Neubewilligungen zu beschließen, denn einige reaktionäre Senatoren aus den Südstaaten, in denen die Rassendiskrimination üppige Blüten treibt, beschlossen, die Erörterung der Vorlage durch Obstruktion zu vereiteln.

Der demokratische Senator Bilbo vom Staate Mississippi hielt gegen die Vorlage eine Rede, die zwei Tage dauerte. Er gestattete es gnädig, daß seine Rede unterbrochen wurde, nur damit der Senat ein Gesetz über die Bereitstellung von 39 Milliarden Dollar für das War Department beschließen und damit Senator Connelly über die Arbeit der Konferenz in San Francisco berichten konnte. Danach setzte Bilbo seine „Rede“ fort. Als er von seiner redlichen Mühe ermattet war, setzte Senator Eastland, gleichfalls ein Südstaatler, die Obstruktion fort.

Die Obstruktion der chauvinistischen Senatoren dauerte fast vier Tage. Dann ließen sie sich zu einem Kompromiß herbei, worin sie die Kürzung der bewilligten Summe glatt auf die Hälfte durchsetzten. Hiernach

ging die Vorlage dem Repräsentantenhaus zu, wo die Obstruktion sich wiederholte — auch hier fanden sich Anhänger der Rassen-diskrimination.

Zu guter Letzt erlitten sie eine Niederlage — die Vorlage wurde Gesetz, und das Komitee erhielt seine Mittel, obgleich verkürzt, aber der Kongreß hatte die weitschweifigen Schandreden anhören müssen, während dringende Fragen nicht von der Stelle kamen.

Die Obstruktion ist eine kennzeichnende Form des praktischen Mißbrauchs der demokratischen Parlamentsgrundsätze. So wird ein derart positives Prinzip wie die Freiheit der Meinungsäußerung von den Vorkämpfern der Reaktion praktisch in sein Gegenteil verwandelt.

SCHLEPPENTRÄGER HITLERS IN MEXIKO

Die demokratische Öffentlichkeit Mexikos ist dadurch beunruhigt, daß in Mexiko auch nach der Niederwerfung des hitlerfaschistischen Deutschlands deutsche Faschisten ihr Treiben fortsetzen. Sie verbreiten faschistische Propaganda und verfügen offenbar auch über Geldmittel. Viele Hitleragenten legen ihr Geld in örtlichen Betrieben an. Beispielsweise hat der Korrespondent der Agentur Allied Labor News herausbekommen, daß ein faschistischer deutscher Ingenieur in einem Betrieb in Nordmexiko, wo er arbeitete, mehr als 400 000 Dollar angelegt hat. Im Hauptrevier des mexikanischen Bergbaus, im Staate San Luis Potosi, hat ein anderer deutscher Ingenieur Silbergruben erworben. Ein deutscher Pharmazeut hat eine große Summe in der Zuckerindustrie investiert etc.

Das Zentrum der Hitleragentur in Mexiko ist die deutsche Abteilung der schwedischen

Gesandtschaft, die in einem Seitenflügel des Gesandtschaftsgebäudes untergebracht ist. Offiziell ist diese Abteilung jetzt geschlossen. Zwei Hitlerfaschisten jedoch, der frühere deutsche Geschäftsträger Hugo Natus und eine gewisse Gertrud Hitz, befassen sich mit der „Liquidierung“ der Abteilung, die hauptsächlich in der Vernichtung von Geheimdokumenten besteht. Die meisten derartigen Dokumente sind Quittungen von Mitgliedern der faschistischen deutschen Kolonie in Mexiko über große Geldsummen, die sie über die deutsche Abteilung der schwedischen Gesandtschaft erhalten haben.

Die Umtriebe der Hitleragentur in Mexiko rufen in den demokratischen Kreisen berechnete Empörung hervor, die um so begründeter ist, als die lokalen faschistischen Zeitungen in der letzten Zeit eine hemmungslose Kampagne gegen die öffentlichen Vereinigungen eingeleitet haben, die der Sowjetunion freundschaftlich gegenüberstehen. In einem Pogromartikel gegen „allerlei Freunde der Sowjetunion, die die kulturellen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Mexiko fördern“, verlangt die Abendzeitung „Ultimas Noticias“, daß „keine Konzerte und Konferenzen stattfinden, in denen die Sowjetunion verherrlicht oder für sie Propaganda gemacht wird, und daß keine in der Sowjetunion hergestellten Bücher mehr verbreitet werden“.

Die faschistischen Provokateure aus der mexikanischen Zeitung haben panische Angst vor den „in der Sowjetunion hergestellten Büchern“. Sie befürchten offenbar, die Mexikaner könnten aus diesen Büchern erfahren, welche Gefahr für die friedliche Existenz der Völker die Hitleragentur darstellt, die sich in allen möglichen schlecht durchlüfteten Ecken und Winkeln versteckt hält.

Was wir im Ruhrgebiet gesehen haben

(Reisenotizen)

A. IWANOW

EIN MONAT in Berlin. Dem ersten und stärksten Eindruck läßt sich kaum etwas hinzufügen. Wir fuhren vom Flugplatz auf einer breiten Straße, die einige von uns noch mit glattem Asphalt bedeckt, mit vielstöckigen Häusern bebaut, mit tadellos gestutzten Bäumen bepflanzt in Erinnerung haben. Ein heftiger Windstoß, und wir sind buchstäblich mit Sand und Staub überschüttet. Staubschwaden steigen aus den Trümmern. Die ganze Straße ist ein einziger Schutt- und Schotterhaufen. Ganz Berlin-Mitte liegt in Ruinen...

Uns bot sich Gelegenheit, die Elbe zu überqueren und eine Reise in die Besatzungszone der Alliierten zu unternehmen, insbesondere auch Rheinland-Westfalen zu besuchen. Während des Krieges war viel von den Schlägen gesprochen worden, die die Luftstreitkräfte der Alliierten gegen das industrielle Ruhrgebiet führten. Vor kurzem veranstaltete das englische Informationsministerium für eine Anzahl von Journalisten einen Rundflug über diese Bombengebiete. Die Berichterstatter der englischen und amerikanischen Zeitungen besahen sich vom Flugzeug aus die zerstörten Werkhallen der Krupp- und Thyssenbetriebe und veröffentlichten eingehende Berichte über die kolossale Zerstörung der deutschen Industrieanlagen.

Das rheinisch-westfälische Industriegebiet, die Waffenschmiede des deutschen Imperialismus, ist eines der mächtigsten der Welt. Hier liegt der Mittelpunkt des Hüttenwesens, der Kohlenindustrie, der Kokschemie, des Maschinenbaus Deutschlands. Hier wird so viel Kohle gewonnen wie in den größten Steinkohlengebieten der USA. In Rheinland-Westfalen zählt man 90 Hochöfen. Im Jahre 1938 wurden hier fast 13 Millionen Tonnen Roheisen gewonnen, 83 Prozent der ganzen Erzeugung Deutschlands. Im Jahre 1939 lieferte das Gebiet 16,2 Millionen Tonnen Stahl und 11,4 Millionen Tonnen Walzgut. Hier befinden sich Betriebe des deutschen Chemietrustes — der IG.-Farbenindustrie —, Sodawerke, Farbenfabriken, Betriebe für die Herstellung von synthetischem Kautschuk und von Ammoniak aus Luftstickstoff. Hier liegen ferner die Hauptbetriebe des Schwermaschinenbaus, die der

deutschen Wehrmacht und der deutschen Industrie die Ausrüstung lieferten.

Man braucht sich nicht zu wundern, daß die alliierten Luftstreitkräfte ihre militärischen Hauptschläge gerade gegen dieses Gebiet geführt haben...

Die Reise Berlin—Ruhrgebiet erfolgte in Kraftwagen auf einer der großen Reichsautost Straßen. Der Eisenbahnverkehr ist vorläufig noch nicht wiederhergestellt, die Strecke ist zerstört. Der Betondamm der Autostraße aber ist heilgeblieben. Auf der ganzen Fahrt flutete uns ein endloser Strom von Sowjetbürgern entgegen, die in die Freiheit zurückkehren. Alle sind verhärtet und abgemagert, und doch sind ihre Gesichter glücklich und froh. Man sah in der Menge viele Jugendliche.

Die Gefangenenlager, in denen Arbeiter aller Nationalitäten und Altersklassen, von Hitlers Sklavenhaltern aus anderthalb Dutzend Ländern zusammengetrieben, schmachtet, liegen über Rheinland-Westfalen zerstreut. Die Werke der Ruhrmagnaten, der Kanonen- und Chemiekönige prosperierten auf Kosten erzwungener Arbeit. In den Krupp-Betrieben stellten die ausländischen Sklaven nicht weniger als die Hälfte aller Arbeitskräfte. In den Betrieben der Hermann-Göring-Werke in Braunschweig waren 80 Prozent der Belegschaft ausländische Arbeiter. Gearbeitet wurde von morgens bis spät in die Nacht, fast ohne Vergütung. Die Arbeiter waren in stacheldrahtumzäunten Lagern untergebracht und führten ein Leben voll Hunger und Qualen. Jetzt kehren sie in ihre Heimat zurück, und die Sklavenbesitzer schauen mit ohnmächtiger Wut auf die glücklichen Gesichter der Menschen, die frei herumspazieren auf Straßen und Wegen, auf denen sie noch vor kurzem unter Waffengeleit in die Werkhallen getrieben wurden, deren Schornsteine nun nicht mehr rauchen...

Im Ruhrgebiet ist das Bild ungefähr das gleiche wie in Berlin. Häuserruinen und Menschen, die in Kellern hausen. Dienstbeflissen katzbuckelnde Krämer und dicke deutsche Bürgersfrauen. Haßerfüllte Blicke junger Leute in Zivil, aber mit militärischer Haltung.

Durch die Straßen ziehen lange Reihen

deutscher Gefangener, die von den Engländern und Amerikanern nach Hause entlassen werden. In den Betrieben sind in der Regel hochbejahrte Arbeiter tätig, die ziemlich hinfällig aussehen. Die Jüngeren gehörten vorwiegend zu den Zwangsarbeitern. Auf den Straßen jedoch kann man viele kräftige junge Männer sehen. Das sind frühere Soldaten, die jetzt Zivil tragen. Die kriegsgefangenen deutschen Offiziere haben ihre Uniform behalten, allerdings ohne Waffen.

An öffentlichen Plätzen findet man noch die Aufschrift „Nur für Deutsche“. Die Hotels sind schmutzig. Um 10 Uhr abends erstirbt das Leben in der Stadt...

Das ganze Ruhrgebiet ist ein ununterbrochenes Netz von großen und kleinen Industriestädten und Werksiedlungen, die durch Straßenbahnen verbunden sind. Jetzt liegen alle diese Siedlungen und Städte zum großen Teil in Trümmern. Eine genaue Schätzung ist schwer, doch hat man den Eindruck, daß 50 bis 70 Prozent der Wohnstätten in den Industriezentren des Ruhrgebiets vernichtet sind.

Selbstverständlich haben auch die Werke gelitten, die die Hauptobjekte der Bombenangriffe waren, aber die Zerstörungen erreichen hier einen bedeutend geringeren Grad. Zerstört sind nur die leichten Konstruktionen, Verdecke und Dächer. Die mächtigen Tragpfeiler, Kolonnen, Balken, Werkbankfundamente dagegen sind unversehrt geblieben. Von den maschinellen Anlagen sind 5, stellenweise 10 Prozent betriebsunfähig.

Die Ruhrbetriebe liegen still. Die Arbeiter sind hauptsächlich mit der Aufräumung der zerstörten Werkhallen und Siedlungen beschäftigt. Die Stadtbevölkerung ist zahlreich, obwohl gesagt wird, daß sie in letzter Zeit abgenommen hat, da die Leute aufs Land ziehen. Die Bevölkerung lebt von alten Vorräten. Brot wird auf Karten abgegeben, die Ration beträgt 3 Pfund wöchentlich. Das Hauptnahrungsmittel für die Stadtbevölkerung ist das Gemüse. Jeder freie Flecken Erde ist hier zum Schrebergarten geworden.

An den Sonntagen bot sich uns ein bezeichnendes Schauspiel. Haufen von Menschen mit Ranzen und Rucksäcken auf den Schultern, ganze Schwärme von Radfahrern beider Geschlechter und aller Altersstufen strömten aus der Stadt aufs Land. Die Radfahrer waren so zahlreich, daß sie den Verkehr auf der Autostraße erschwerten. Alle diese Städter eilten aufs Land, um das verschiedenste Hausgerät

gegen Lebensmittel einzutauschen. Der Tauschhandel ist jetzt die Hauptquelle zur Gewinnung von Existenzmitteln für die Ruhrbevölkerung. Die Geschäfte sind geschlossen, dafür blüht der Schleichhandel. Die benachbarten Landgebiete haben nicht unter dem Kriege gelitten, und der deutsche Großbauer pumpt aus der Stadtbevölkerung Sachwerte und Geldmittel heraus.

Die Ruhrbevölkerung — groß und klein, von den Jugendlichen auf den Straßen bis zum technischen Direktor einer Großfirma — ist platt. Ein solches Ende des Hitlerabenteuers haben die Deutschen bestimmt nicht erwartet. Die Direktoren, die Werkstättenleiter, alle sind natürlich in Sorge und fragen, was weiter sein wird. Man braucht jedoch nur mit irgendeinem von ihnen mehr oder weniger ausführlich zu sprechen, um ohne Schwierigkeit festzustellen, wie alle hoffen, ja gewiß sind, daß der „frühere Ruhm“ der deutschen Industrie wiederhergestellt werden wird. Am allerwenigsten denken sie an Deutschlands Schuld, an seine Verantwortung für das Hitlerabenteuer.

Die Zuversicht der führenden Männer der Betriebe, daß die Ruhrindustrie ihrer Wiederherstellung entgegengeht, grenzt geradezu an Frechheit. Wir hatten Gelegenheit zu hören, wie erklärt wurde, Deutschland werde „jeder Gruppe folgen“, die der Industrie Aufschwung und Prosperität verspricht. Ein Ingenieur, der als Werkstättenleiter eines Hüttenbetriebes die massierten Luftangriffe auf Dortmund miterlebt hatte, erklärte uns:

„Nun, Gott sei Dank, der Krieg ist zu Ende. Man hat uns gehörig eingeheizt. Was für Luftangriffe haben wir durchgemacht! Jetzt wird es für mindestens 15 Jahre keinen Krieg geben. Früher ist die Sache nicht zu machen!“

* * *

Wir befinden uns im Arbeitszimmer des Direktors eines Großbetriebs. Spuren eines früheren Luxus sind die stilvollen Möbel, die Überreste reichvergoldeter Stukkatur an Decken und Wänden und die eichene Tafelung. Alles das liegt jetzt in Trümmern. Von der Decke ragen Balken, der Stuck ist heruntergefallen, die Eichentafelung ist von Granatsplittern zersplissen, die Fensterscheiben fehlen. Die Arbeit in diesem Direktorenzimmer erinnert heute, milde gesagt, an ein Biwakleben. Wir fragen den Direktor aus, was im Betrieb los ist. Der Bericht ist nicht uninteressant. Die Gegend wurde von den Ameri-

kanern besetzt — die Engländer sind erst vor kurzem hier eingetroffen. Die Amerikaner verlangten, daß die Verwaltung der Betriebe die Arbeiter beschäftige, damit diese nicht untätig herumlaufen. Die Direktion gab Anweisung, die Straßen und Werkhallen aufzuräumen und Wohngelegenheit zu schaffen. Im Ruhrgebiet gehört ein großer Prozentsatz der Wohnhäuser den Betrieben. Der Gedankengang der Direktoren ist folgender: Wenn die Industriewerke in Betrieb genommen werden sollen, so müssen die Wohnungen instand gesetzt werden. Gleichzeitig werden auch die Werkstätten der Betriebe aufgeräumt und diese selbst für die Wiederaufnahme der Arbeit vorbereitet. Die Lohnabrechnung mit den Arbeitern besorgt die Betriebsdirektion. Auf die Frage, woher man das Geld nehme, erklärt man, es stamme aus „alten Beständen“.

In den größten Industriebetrieben sitzen die alten Direktoren an Ort und Stelle. Einer oder der andere von den großen Haifischen der Industrie ist verhaftet, und dieser oder jener hält sich versteckt. Versteckt halten sich aller Wahrscheinlichkeit nach auch die jüngeren Sprößlinge der Ruhrmagnaten, die zu den SS-Banden gehören. Die Betriebsleiter jedoch sind auf dem Posten geblieben.

Es muß bemerkt werden, daß einzelne Industriebetriebe des Ruhrgebiets unmittelbar bis zur Ankunft der alliierten Truppen gearbeitet haben und erst mit dem Eintreffen der alliierten Armeen stillgelegt worden sind. Die Betriebe haben natürlich unter den Luftangriffen während des Krieges gelitten. Das gilt für die Betriebe, aber nicht für die Taschen ihrer Besitzer. Die deutsche Regierung war sehr freigebig bei der Vergütung der Bombenschäden. Zwecks Wiederherstellung der zerstörten Anlagen wurden sofort große Subventionen bereitgestellt. Die deutschen Industriellen machen kein Hehl daraus, daß sie an diesen Subventionen anständig verdient haben. So erzählte uns in Düsseldorf ein gewisser Dr. Lasseck, Direktor eines Röhrenwerks, er habe von der Hitlerregierung 8 Millionen Mark Subventionen erhalten, als auf sein Werk einige Bomben fielen, obwohl weder die Ausrüstung noch die Betriebsgebäude durch die Einschläge gelitten hatten.

Wir bemerkten keine besondere Erregung unter dem leitenden Personal der Ruhrindustrie. Die Direktoren sitzen ruhig und warten ab. Wie sie erzählen, haben sie von den alliierten Behörden Anweisung erhalten, die Wiederaufnahme des Betriebs vorzubereiten, für die in jedem einzelnen Fall eine besondere Erlaubnis erteilt wird.

Die Kohlengruben im Ruhrgebiet beginnen die Arbeit allmählich wiederaufzunehmen. In den Hüttenbetrieben werden Aufräums- und Wiederherstellungsarbeiten durchgeführt. Auf einem Oberhausener Werk arbeiteten im Juni bereits zwei Hochöfen. In den Leverkusener Chemiebetrieben sind die pharmazeutischen Werkstätten wieder in Betrieb. Auch in Elberfeld (Wuppertal) arbeitet ein pharmazeutischer Betrieb. In Hüls ist ein Betrieb zur Erzeugung von synthetischem Kautschuk zur Wiederaufnahme der Fabrikation gerüstet, die am 1. Juli erfolgen soll. Auch Kunstdüngerwerke und einige andere sind wieder betriebsbereit. . .

Die Industriebetriebe Rheinland-Westfalens können die Arbeit sofort wiederaufnehmen. In etwa anderthalb Jahren vermögen sie die Vorkriegsleistung wieder zu erreichen. Dieser Zustand der Betriebe ist es offenbar auch, der den Direktoren der Krupp- und Thyssenwerke, den Magnaten des Kohlenbergbaus, der chemischen Industrie und des Maschinenbaus den Anlaß gibt, auf die Wiederherstellung der Schwerindustrie im Ruhrgebiet zu rechnen. Ihre Kalkulationen stützen sich, wie man zugeben muß, auch auf die Verfügungen, die ihnen von den alliierten Befehlsstellen zugehen und die keinen Anlaß bieten, eine Vernichtung der Basis des deutschen Imperialismus im Ruhrgebiet zu erwarten.

Bekanntlich sehen die Beschlüsse der Krimkonferenz „die Vernichtung des deutschen Militarismus und Nazismus und die Schaffung von Garantien“ vor, „daß Deutschland niemals wieder imstande sein wird, den Frieden der ganzen Welt zu stören“. Hieraus folgt aber, daß man auf keinen Fall in den Händen der deutschen Industriellen eine Waffe belassen darf wie die rheinisch-westfälische Schwerindustrie.

In Kuba

(Reisenotizen)

P. NASARENKO

„WARUM spricht man in Kuba so viel vom Wetter?“ fragte mein Reisegefährte einen Eingewachsenen, nachdem wir uns lang und breit darüber unterhalten hatten, wie heiß es heute sei, ob es gestern kühler gewesen sei und daß sich irgendein längst vergangenes Jahr durch einen kühlen Sommer ausgezeichnet habe.

In Kuba wird wirklich viel vom Wetter gesprochen. Augenscheinlich können sich auch die im Lande Geborenen nicht an das Klima ihrer Insel gewöhnen, das an eine Treibhausatmosphäre erinnert. Die sengende Sonne wird zwar durch eine erfrischende Brise gemildert, aber die Luft hiebt dauernd heiß und feucht. Diese Feuchtigkeit der Luft ist für Menschen sehr schwer zu ertragen.

Im Dezember und Januar tragen die Kubaner Sommerkleider und leichte Anzüge. Sie wissen nicht, was Schnee und Natureis ist. Heizungen gibt es in den Häusern nicht. Durchlüftungseinrichtungen und Ventilatoren erleichtern das Leben. In den Büros und Läden, in den Wohnungen und Lichtspielhäusern stehen alle Fenster sperrangelweit offen, und nirgends fehlt der Ventilator.

Es kann daher nicht wundernehmen, daß eines der ersten Probleme für Kuba die Wasserversorgung ist. Dieses Problem berührt das ganze Leben, die Wirtschaft, die Kultur und sogar die Politik. Für Trinkzwecke, zum Baden und zum Wäschewaschen wird viel Wasser verbraucht. Das Leitungswasser läßt jedoch sehr viel zu wünschen übrig. Wer die Mittel besitzt, kauft sich Mineralwasser, in dessen Erzeugung die verschiedensten Firmen miteinander wetteifern. Die Mehrheit der Bevölkerung ist jedoch gezwungen, das ungenießbare Leitungswasser zu trinken.

Das Wasserwerk in Havanna, der Hauptstadt Kubas, wurde zu einer Zeit gebaut, als die Stadt noch klein war. Heute dagegen kann das Wasserwerk die Millionenstadt nicht mehr mit Wasser versorgen. Es herrscht Wassermangel. Diese Frage verschwindet nicht aus den Zeitungen, sie wird vielmehr von der Presse in allen Variationen erörtert, sowohl in Feuilletons und Karikaturen, in denen z. B. gezeigt wird, „wie sich die Einwohner eines Hauses aufführten, als die Leitung ein Tröpfchen Wasser hergab“, als auch in ernsthaften politischen Diskussionsartikeln. Während der Wahlkampagne des Jahres 1944 war die ungelöste Wasserfrage eines der Hauptargumente gegen die Wiederwahl Menocals zum Alkalen von Havanna. In der Presse wurde darauf hingewiesen, daß eine Million Dollar für den Ausbau des Wasserwerks angewiesen worden sei. Die Million ist verschwunden, niemand weiß wohin, und Havanna hat immer noch kein Wasser.

Menocals Anhänger waren der Meinung, man müsse zum Umbau des Wasserwerks ausländisches Kapital, besonders amerikanisches, heranziehen. Andere erklärten, man könne auch mit den kubanischen Kapitalien auskommen. Wie dem auch sein mag, Menocal wurde wiedergewählt, aber das Wasserwerk ist bisher noch nicht umgebaut.

Es ist deshalb natürlich, daß wir, die wir zum erstenmal diesen Weltteil besuchten, gleich bei unseren ersten Reiseindrücken auf das Klima und

das Wasser stießen. Erst allmählich konnten wir uns auf der Insel umsehen, ihre reiche Vegetation und ihre malerische Schönheit kennenlernen, für die Kuba mit Recht als die Perle des Karibischen Meeres gilt. Wir sahen uns die Schönheiten der Insel an und ihre Kontraste.

Havanna ist eine laute, lebhafte Stadt. Sie hat viele Kaffeehäuser und Restaurants, Kioske und Ladengeschäfte — von sehr teuren Läden, die mit amerikanischen Luxuswaren handeln, bis zu kleinen, bescheidenen Verkaufsständen, die auf spanisch „Bodegas“ heißen. Hier kann man die billigsten Artikel auf Kredit kaufen, und Ende der Woche oder des Monats wird abgerechnet. Die Besitzer dieser kleinen Geschäfte sind ebenso arm wie ihre Kunden. In ihrer Wettjagd nach einem bescheidenen Umsatz versuchen sie, die armen Stadtbewohner durch armselige „Prämien“ zu locken. Solche Vergütungen werden einmal im Jahr an die ständigen Käufer ausgekehrt.

Kubas schöne Hauptstadt versinkt in dem Grün der seltsamen Tropenpflanzen, deren Blüten in grellen Farben leuchten. Das ganze Jahr fällt das Laub, aber das ganze Jahr ist auch des Grüns und Blühens kein Ende. Hochhäuser, Restaurants, Ladengeschäfte und Lichtspielhäuser sowie staatliche Gebäude finden wir in der City, dem Geschäftszentrum. In dem Aristokratenviertel El Vedado gibt es breite, mit Bäumen bepflanzte Straßen und von üppigen Gärten umgebene reiche Villen. Auf den Balkons der Villen sitzen in Schaukelstühlen festlich gekleidete Müßiggänger. Jede solche Villa mit ihren wenigen Bewohnern wird von einem ganzen Hofstaat weißer und schwarzer Diener betreut.

El Vedado und das Stadtzentrum zeigen das eine Gesicht Havannas. Das andere Gesicht der Hauptstadt lernen wir in dem sogenannten Alt-Havanna kennen. Seine Straßen sind eng und schmutzig, und alles trägt den entstellenden Stempel der Armut. Als wir in Havanna eintrafen, waren riesige Ödlandparzellen außerhalb der Stadt mit jämmerlichen Hütten aus Furnierholzabfällen und gewöhnlichen Brettern bebaut, in denen zahlreiche Familien von Arbeitslosen hausten. Ein Orkan, der im Oktober 1944 die Insel heimsuchte, fegte die Elendshütten weg und beraubte Havannas arme Bewohner auch noch dieses erbärmlichen Obdachs.

Nicht weit vom Capitol, einem der schönsten Gebäude der Stadt, das den Kongreß beherbergt und die Residenz des Präsidenten ist, liegen mehrere Häuserblocks, die alle kennen, von denen aber niemand laut zu reden pflegt. Die Fenster der Häuser sind vergittert, und durch die Gitter locken Frauen aller Altersklassen und aller Hautfarben, von kohlrabenschwarzen Negerinnen bis zu nordischen Blondinen, die Vorübergehenden an.

Die Straßenprostitution ist in Kuba verboten. Auch der Verkauf eines auf dem amerikanischen Kontinent wohlbekannten Narkotikums — „Mariguana“ — ist untersagt. Gleichwohl sind die Prostitution und das erwähnte Rauschgift, das den Organismus schlimmer zerrüttet als Opium, unweigerliche Wesenszüge des sozialen und ökonomischen Systems der Insel Kuba.

Auf den Straßen der Stadt laufen magere, zerlumpte Knaben, gehen Greise und Frauen umher, die mit Ziffern beschriebene Kartons auf den Armen und vor der Brust tragen und mit lauter Stimme Nummern ausrufen. Das ist eine Lotterie. Die Lotterie wurde von den Spaniern nach Kuba eingeführt und hat sich hier Bürgerrecht erworben. Buchstäblich alle kaufen Lose, besonders die Werktätigen, und hoffen, daß ihr Los keine Niete ist. Hierbei wird dem Aberglauben in allen möglichen Formen reichlich gefrönt. Mit dieser Lotterie ziehen gewandte Gauner den armen Leuten den letzten Groschen aus der Tasche.

Das Elend in Kuba ist erschütternd. In Havanna sind die Straßen gefüllt mit Bettlern, die die Besucher der Kaffeehäuser und Restaurants belagern und um Almosen anflehen. In den Mülleimern der reichen Villen im Stadtzentrum wühlen Erwachsene und Kinder, die nach eßbaren Abfällen suchen.

Über das Elend der kubanischen Bauernschaft wurde während der Wahlkampagne des Jahres 1944 besonders viel geschrieben und gesprochen. Das Bild, das sich in diesen Äußerungen enthüllte, war alles andere als erhehend. Auf dem Lande gibt es weder Schulen noch Ärzte. Es fehlt an Straßen, auf denen die Bauern ihre Erzeugnisse in die Stadt fahren könnten. Gewisse Gegenden lassen sich nur zu Pferde durchqueren. In solchen abgelegenen Dörfern liefert der Bauer seine Ernte an den Händler ab, von dem er im Austausch die notwendigen Waren erhält. Der Bauer hängt von diesem Händler nicht nur materiell ab, sondern auch in allen anderen Beziehungen. Der Händler ist im Grunde das einzige Bindeglied zwischen dem Dorf und der übrigen Welt. Der Bauer erhält von ihm seine politischen Informationen und erfährt, was in der Welt passiert.

Von Kultur oder Bildungsarbeit kann auf dem Lande überhaupt nicht die Rede sein. Von den über 4 Millionen Kubanern sind mehr als die Hälfte Analphabeten, wenn man die Stadtbevölkerung mitrechnet. Auf dem Lande ist das Analphabetentum selbstverständlich noch viel größer als in den Städten.

Kubas Wirtschaftsprobleme drehen sich unmittelbar um den Zucker, das Hauptprodukt seiner Volkswirtschaft. Die Frage der Preise für Zucker, dessen Erzeugung restlos von den USA angekauft wird, ist in Kuba die entscheidende Frage des ganzen Lebens.

„Kubas Schlüssel ist süß und zuckerig, und dieser Schlüssel liegt in den Vereinigten Staaten“, erklärte einmal ein kubanischer Politiker, als gerade am lebhaftesten darüber gestritten wurde, ob es gelingen werde, in Verhandlungen mit den Amerikanern eine Steigerung der Zuckerpreise durchzusetzen.

Kuba erhält aus den USA nicht nur alle Industriewaren, sondern auch eine ganze Anzahl von Nahrungsmitteln. Amerikanische Waren findet man in allen kubanischen Geschäften. Amerikanische Firmennamen erscheinen in aller Art Reklame, sie prangen auf allen Aushängeschildern. Amerikanische Verkehrsmittel besorgen den Transport. Auf amerikanischen Maschinen und amerikanischem Papier werden die Bücher und Zeitungen gedruckt. In den kubanischen Cafés wird amerikanische Kondensmilch gereicht. In den kubanischen Kinos laufen amerikanische Filme.

Als wir einmal ein Kino verließen, in dem ein historischer Film gezeigt wurde, hörten wir in der Menge zufällig ein Gespräch von zwei Kubanern. Der eine war ein älterer Mann, der ihn begleitende Jüngling offenbar sein Sohn oder sein Schüler. Der Ältere erinnerte sich, wie die Vereinigten Staaten

vor 10—15 Jahren die kubanischen Präsidenten abzusetzen und einzusetzen pflegten, und sagte:

„Auch heute rührt sich ohne die Vereinigten Staaten in Kuba kein Blatt am Baum...“

Welches schwere Leben Kubas werktätige Bevölkerung führt, zeigten bereits die Hungerstreiks von 1943 und 1944. Durch ein Regierungsdekret ist ein bestimmter Minimalarbeitslohn eingeführt worden. Die festgesetzte Summe ist jedoch so gering, daß man bei den geltenden Preisen unmöglich davon leben kann, besonders während des Krieges, wo die Preise steigen und eine ganze Anzahl von Produkten vom Markt verschwindet, die nur unter der Hand zu unerschwinglichen Preisen zu haben sind. Streiks sind auf Kuba verboten. Aus diesem Grunde traten die zur Verzweiflung getriebenen Arbeiter, die Strafmaßnahmen — Entlassung oder Verhaftung — vermeiden wollten, seinerzeit in den Hungerstreik. Sie arbeiteten weiter, aber nach der Arbeit suchten sie das Gebäude auf, in dem die Organisation der antifaschistischen Front ihren Sitz hat, und lagen dort, wobei sie die Nahrungsaufnahme verweigerten.

Die Gewerkschaften und fortschrittlichen Vereinigungen leiteten eine aktive Kampagne ein, um die Forderungen der hungernden Arbeiter in Presse und Rundfunk zu verfechten. Auch Eingaben an die Behörden wurden aufgesetzt. Halb Havanna besuchte in diesen Tagen das Gebäude, worin die hungernden Arbeiter lagen. Die Werktätigen kamen, um ihre Solidarität und Sympathie zu bezeugen; die Bewohner der bürgerlichen Stadtviertel kamen aus Neugier. Die Bewegung hatte solche Ausmaße und fand im ganzen Lande einen solchen Widerhall, daß die Behörden entsprechende Maßnahmen ergreifen und den Forderungen der Streikenden nachkommen mußten.

Die Arbeiter Kubas sind in Einheitsgewerkschaften zusammengeschlossen. Die Konföderation der Werktätigen Kubas zählt mehr als 500 000 Mitglieder und repräsentiert eine ernst zu nehmende gesellschaftliche Macht, mit der die Behörden notgedrungen zu rechnen haben.

In Kubas politischem Leben gibt es vieles, was für uns ungewöhnlich und eigenartig ist. Hier existieren zahlreiche politische Parteien. Sie entstehen, verschwinden, scheitern, spalten sich oder schließen sich zu Blocks zusammen, und alles das aus Gründen, die zum größten Teil nicht prinzipieller Natur sind. Es handelt sich selbstverständlich nicht um Parteien in unserem Sinne, d. h. um Organisationen, die durch ein bestimmtes Programm und Statut, durch eine Parteidisziplin und organisatorische Formen zusammengehalten werden. Die Parteien werden von einzelnen politischen Führern organisiert. Wo kein Führer ist, da ist auch keine Partei. Kehrt der Führer der Politik den Rücken, so verschwindet auch die Partei.

Die Tätigkeit der Parteien aktiviert sich unmittelbar vor den Wahlen. Vor jeder Wahl lassen alle diese Parteien ihr „Wahlprogramm“ und die Zusammensetzung ihres leitenden Ausschusses von dem sogenannten Wahltribunal registrieren. Von diesem Wahlprogramm wird nur vor den Wahlen gesprochen. Nach den Wahlen denkt kein Mensch mehr daran. Kubas Wahlsystem schreibt vor, daß alle Parteien ein halbes Jahr vor den Wahlen ihre Wähler vorläufig registrieren. Je nach der Zahl der für jede Partei registrierten Wählerstimmen erfolgt die Verteilung der Sitze, auf die die betreffende Partei in den verschiedenen Organen der Staatsverwaltung Anspruch erheben kann. Zur Durchführung der Wahlen wird ein großer Apparat geschaffen. Die Parteien

schicken ihre Vertreter von Haus zu Haus, um Stimmen zu sammeln. Weiter werden die Listen geprüft und von „toten Seelen“, von zweimal eingetragenen Personen usw. gesäubert. Währenddessen kuhhandeln die Führer der Parteien um die künftigen Posten, was in entsprechenden Abmachungen seinen Niederschlag findet. Z. B. ist die Partei, die die meisten Stimmen zusammengebracht hat, berechtigt, ihren Kandidaten für den Posten des Präsidenten aufzustellen, tritt diesen Posten jedoch an die Partei ab, die die zweitmeisten Stimmen zusammengebracht hat, um dafür einen anderen Posten, den des Alkalden von Havanna, einzuhandeln. Ebenso werden die Senatorenposten usw. verteilt.

Viele Mittel, Kräfte und Energien verausgabt das Land für die Wahlkampagne. In den zahlreichen Versammlungen und Kundgebungen kommt es nicht selten zu Zusammenstößen, bei denen auch Waffengewalt angewandt wird. Die Stadt wird mit Plakaten und den Bildern der Kandidaten für alle erdenklichen Posten überschwemmt. Bilder und Spruchbänder hängen an den Straßenbahnen und Omnibussen oder werden auf dem Verdeck der Kraftwagen aufgepflanzt. Alles das bezahlen die Kandidaten und ihre Gönner, aber auch Personen und Organisationen, die man nicht nennt, über deren Beteiligung jedoch jedermann in Kuba Bescheid weiß.

Die Stimmabgabe ist geheim, sie erfolgt an einem einzigen Tage und in solcher Art, daß nicht alle Wähler Zeit finden, ihre Stimme abzugeben. Vor den Wahllokalen stehen Menschenschlangen — Männer und Frauen getrennt.

Die Traditionen der parlamentarischen Praxis sind ebenfalls sehr eigenartig. So beziehen viele Kongreßmitglieder bei der Behandlung mancher Fragen einen abweichenden Standpunkt und stimmen unabhängig von ihrer Fraktion. Während der letzten Monate des Jahres 1943 und des ersten Halbjahres 1944 traten weder der Senat noch die Abgeordnetenversammlung zusammen, da die Abgeordneten nicht in einer zur Beschlußfähigkeit ausreichenden Zahl zur Stelle waren.

Das Kabinett wird vom Präsidenten persönlich nach seinem Ermessen gebildet. Tritt ein neuer Präsident sein Amt an, so werden alle Staatsbeamten der früheren Regierung entlassen. Trotz wiederholter Versicherung des neuen Präsidenten, daß alle fähigen und ehrlichen Beamten auf ihrem Posten verbleiben werden, greifen Massenentlassungen um sich wie ein Wirbelsturm.

Im öffentlichen und politischen Leben Kubas ist eine Erscheinung recht weit verbreitet, die mit dem spanischen Wort „botella“, d. h. Flasche, bezeichnet wird. Mit diesem Begriff soll zum Ausdruck gebracht werden, daß die Staatsmänner ihren politischen und persönlichen Freunden, „nützlichen Leuten“ und Verwandten alle möglichen Staatsämter als Pfünden zukommen lassen. Überhaupt spielen bei der Besetzung der Staatsämter vor allem Beziehungen zu den entsprechenden neuen Staatsmännern eine große Rolle, ob diese nun politischer oder persönlicher Art sind.

Ein anderer eigenartiger Zug der kubanischen Sitten und Gebräuche besteht darin, daß der Präsident und die Minister bei ihrem Amtsantritt ihr ganzes Vermögen aufnehmen und notariell beglaubigen lassen. Dadurch wird jedoch in keiner Weise verhindert, daß wenn nicht der Staatsmann selber, so doch

die Mitglieder seiner Familie, einschließlich der kleinen Kinder, während seiner Amtsperiode große Reichtümer erwerben. Zehn Jahre lang ist in Kuba kein einziges Mal ein Staatshaushalt aufgestellt worden. Man kann sich unschwer vorstellen, wie sehr dadurch die Veruntreuung von Staatsgeldern und die Korruption im Staatsapparat erleichtert wird.

„Und wenn es gilt, für Schulen, Theater oder Bibliotheken Mittel zu bewilligen, so ist in der Regel kein Geld da“, klagen die Kubaner.

Von den Kulturstätten Kubas besitzt nur die Universität einen selbständigen Haushalt, die übrigen arbeiten nach genossenschaftlichen Grundsätzen oder fristen ihr Dasein mit den Mitgliedsbeiträgen der Teilnehmer bzw. Privatspenden. Die freien Künstler — Maler, Sänger, Dichter, Musiker, Schriftsteller — haben es materiell sehr schwer. Sie alle müssen außerhalb ihres Berufs ihr Fortkommen suchen und können sich nur in ihrer freien Zeit mit Kunst beschäftigen.

Man kann Kuba, seine Eigenart, sein Leben und seine Sitten nicht vollständig schildern, ohne von der katholischen Kirche zu sprechen, die hier ziemlich tiefe Wurzeln geschlagen hat. Die Kirche bedient sich außer ihren Gotteshäusern, Klöstern und Schulen bei der Beeinflussung des Volkes auch der — Friedhöfe. Diese sind Eigentum der Kirche. Bei dem tropischen Klima muß die Bestattung spätestens in einem Tage erfolgen. Ohne die Kirche ist eine Bestattung unmöglich. Dieses Monopol gibt der Geistlichkeit außer großen Einkünften auch die Möglichkeit, mit der Familie des Verstorbenen Fühlung zu nehmen und zu behalten und Propaganda zu treiben.

Der Nachwuchs der katholischen Geistlichkeit kommt aus Franco-Spanien. Die aus Spanien eintreffenden Dampfer bringen regelmäßig viele der verschiedensten „Funktionäre“ nach Kuba, darunter auch Falangisten. Von den alten Organisationen der spanischen Emigration, die in Kuba schon im vorigen Jahrhundert zu gegenseitigen Hilfszwecken usw. gegründet wurden, bestehen viele heute noch. Das spanische Kapital repräsentiert auf der Insel keine geringe ökonomische und politische Macht. Die spanische Reaktion besitzt hier starke Stützpunkte, und die Tätigkeit der spanischen Falangisten trägt einen ziemlich vielseitigen Charakter.

Wir besuchten Kuba, als der Krieg der demokratischen Mächte gegen das hitlerfaschistische Deutschland in vollem Gange war. Man sprach viel vom Krieg und verfolgte aufmerksam die Ereignisse. Dennoch verließ uns nicht das Gefühl, daß der blutige Krieg in Europa für Kuba etwas Entferntes war, was seine Lebensinteressen nicht berührte. Vielleicht am stärksten fühlten wir den Pulsschlag des hitzigen Lebens, das die Welt in diesen Jahren führte, als wir Ende 1943 einen riesigen, wunderschönen Saal betraten, den sogenannten „Saal der verlorenen Schritte“, wo die antifaschistische Nationalfront eine Ausstellung „Die Sowjetunion in Krieg und Frieden“ veranstaltet hatte. Diese Ausstellung wurde von 70 000 Kubanern besucht. Sie besahen alles mit größter Aufmerksamkeit, warfen Münzen in die Sammelbüchsen zur Unterstützung der durch den Krieg in Mittteleidenschaft gezogenen Kinder der Sowjetunion und brachten mit dem diesem lebhaften und leidenschaftlichen Volk eigenen Temperament ihre Sympathien für das Sowjetland zum Ausdruck.

1. Juli

Das Oberkommando der Alliierten beginnt die englischen und amerikanischen Truppen vom Territorium der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland abzuziehen. Die Truppen der Roten Armee rücken den Truppen der Alliierten nach und marschieren in Schwerin, Halle, Leipzig, Weimar, Erfurt und Plauen ein.

In Warschau findet eine Massenkundgebung anlässlich der Bildung der Polnischen Regierung der nationalen Einheit statt.

Eröffnung des Kongresses der rumänischen Nationalliberalen Partei, der ein neues Parteiprogramm annimmt.

2. Juli

In Brüssel findet eine von dem Komitee des demokratischen Blocks veranstaltete große antimonarchistische Kundgebung statt.

3. Juli

Truman genehmigt den Rücktritt Harry Hopkins' als Sondergehilfen des Präsidenten der USA.

4. Juli

Der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, M. I. Kalinin, empfängt den Vorsitzenden des Vollzugs-Juans Chinas, Herrn Sung Tsu-Weng, und den Vizeminister für auswärtige Angelegenheiten, Herrn Hu Schi-Tse.

Der Ministerpräsident der Mongolischen Volksrepublik, Marschall Tschoibalssan, trifft in Moskau ein.

Die amerikanischen und englischen Truppen rücken entsprechend dem Abkommen zwischen den Regierungen der UdSSR, der USA, Englands und Frankreichs in Groß-Berlin ein.

5. Juli

Unterredung des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der UdSSR, J. W. Stalin, mit dem

CHRONIK DER INTERNATIONALEN EREIGNISSE

Juli 1945

Ministerpräsidenten der Mongolischen Volksrepublik, Marschall Tschoibalssan.

Anerkennung der Polnischen Regierung der nationalen Einheit durch die Regierungen der USA, Englands und Chinas.

Beginn der Parlamentswahlen in England.

Die Konferenz der Gouverneure der amerikanischen Unionsstaaten billigt die Satzung der Vereinten Nationen.

Der Präsident der USA, Truman, genehmigt den Rücktritt des Finanzministers Morgenthau.

Die Philippinen werden durch amerikanische und philippinische Truppen völlig von den Japanern gesäubert.

Ableben John Curtins, des australischen Premierministers.

6. Juli

Der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der UdSSR, J. W. Stalin, empfängt den Domvorsteher von Canterbury, Dr. Hewlett Johnson, den Vorsitzenden des Vereinigten Komitees zur Unterstützung der Sowjetunion und stellvertretenden Vorsitzenden der Londoner Gesellschaft für kulturelle Annäherung an die UdSSR.

Die Regierung der UdSSR und die Regierung Polens unterzeichnen ein Abkommen „Über das Recht auf Ausscheiden aus dem Sowjetstaatsverband für in der UdSSR wohnhafte Personen polnischer und

jüdischer Nationalität und ihre Evakuierung nach Polen, sowie das Recht auf Ausscheiden aus dem polnischen Staatsverband für in Polen wohnhafte Personen russischer, ukrainischer, bjelorussischer, ruthenischer und litauischer Nationalität und ihre Evakuierung nach der UdSSR“.

Das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR verleiht dem König von Rumänien, Michael I., den Siegesorden.

Anerkennung der Polnischen Regierung der nationalen Einheit durch Norwegen und Italien.

7. Juli

Der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der UdSSR, J. W. Stalin, veranstaltet im Kreml ein Festessen zu Ehren des Ministerpräsidenten der Mongolischen Volksrepublik, Marschalls Tschoibalssan.

Die UdSSR und Polen unterzeichnen einen Handelsvertrag und ein Abkommen über gegenseitige Warenlieferungen.

Annahme der Satzung der Vereinten Nationen durch Nikaragua.

Anerkennung der Polnischen Regierung der nationalen Einheit durch Kanada.

Die norwegische Regierung erklärt offiziell, daß Norwegen sich seit dem 7. Dezember 1941 im Kriegszustande mit Japan befindet.

8. Juli

Veröffentlichung eines Erlasses des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR „Über die Amnestie anlässlich des Sieges über das hitlerfaschistische Deutschland“.

Abreise des Ministerpräsidenten der Mongolischen Volksrepublik, Marschalls Tschoibalssan, aus Moskau.

In Belgrad wird der erste Kongreß der antifaschistischen Jugend des Balkans eröffnet.

Anerkennung der Polnischen Regierung der nationalen Einheit durch Dänemark und Holland.

9. Juli

Marschall G. K. Shukow ernennt die Chefs der Sowjetmilitärverwaltung in der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland.

10. Juli

In Berlin findet eine Beratung von Vertretern des Oberkommandos der Verbündeten statt.

In Paris wird die Tagung der Generalstände der Erneuerung Frankreichs eröffnet.

Anerkennung der Polnischen Regierung der nationalen Einheit durch Belgien.

11. Juli

Erste Sitzung der interalliierten Militärkommandantur von Groß-Berlin.

12. Juli

Der Führer der Labourfraktion im australischen Parlament, Chiefly, wird Premierminister Australiens.

Rücktritt des mexikanischen Außenministers Padilla.

In Moskau trifft eine englische Gewerkschaftsdelegation ein. An ihrer Spitze steht der stellvertretende Generalsekretär des Verbandes der Arbeiter der Eisen- und Stahlindustrie, Lincoln Evans.

13. Juli

Der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der UdSSR,

J. W. Stalin, veranstaltet im Kreml ein Festessen zu Ehren des Vorsitzenden des Vollzugs-Juans und Außenministers Chinas, Herrn Sung Tsu-Weng.

Die Kommission für auswärtige Angelegenheiten beim Senat der USA billigt die Satzung der Vereinten Nationen.

Im Sudetengebiet (Tschechoslowakei) wird eine hitlerterroristische „Werwolf“-Organisation ausgehoben.

14. Juli

Veröffentlichung eines sowjetisch-chinesischen Kommuniqués über den Moskauer Aufenthalt des Vorsitzenden des Vollzugs-Juans und Außenministers Chinas, Herrn Sung Tsu-Weng.

15. Juli

Präsident der USA Truman und Premierminister von Großbritannien Churchill treffen in Berlin ein.

***** VERLAGS ANZEIGEN *****

Die hier angeführten Ausgaben sind in russischer Sprache erschienen, falls nicht anders vermerkt.

* * *

VERLAG DER AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN DER UdSSR

Neuerscheinungen:

Zum 220. Jahrestag der Akademie der Wissenschaften der UdSSR

220 Jahre Akademie der Wissenschaften der UdSSR — Handbuch für Nachschlagezwecke. 328 S., Rbl. 30.—

G. A. KNJASEW — Kurzer Abriß der Geschichte der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. 1725—1945. 93 S., Rbl. 5.—

Reden auf der Festsitzung der Jubiläumstagung der Akademie der Wissenschaften der UdSSR — enthält die Reden des Akademienmitglieds W. L. Komarow, Präsidenten der Akademie der Wissenschaften der UdSSR; des Akademienmitglieds N. G. Brujewitsch, akademischen Sekretärs der Akademie der Wissenschaften der UdSSR; des Akademienmitglieds W. A. Obrutschew; des Akademienmitglieds N. D. Selinski; des korrespondierenden Mitglieds B. N. Delone; des Akademienmitglieds B. N. Jurjew; des Akademienmitglieds L. A. Orbeli, Vizepräsidenten der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, und des Akademienmitglieds I. I. Meschtschaninow.

*

N. A. WOSKRESSENSKI — Die Gesetzgebungsakte Peters I. Bd. I, 602 S., Rbl. 50.—

W. L. KOMAROW — Ausgewählte Werke. Bd. I, 672 S., Rbl. 40.—

Hundert Jahre Pulkowoer Sternwarte — Artikelsammlung. 272 S., Rbl. 24.—

Professor B. G. KUSNEZOW — Lomonossow, Lobatschewski, Mendelejew. Skizzen ihres Lebens und ihrer Weltanschauung. 334 S., Rbl. 22.—

Akademienmitglied L. A. ORBELI — Vorlesungen über Fragen der höheren Nerventätigkeit. 208 S., Rbl. 12.—

Akademienmitglied A. S. ORLOW — Die altrussische Literatur im 11.—17. Jahrhundert. 346 S., Rbl. 27.—

Korrespondierendes Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR P. I. LEBEDJEW-POLJANSKI — W. G. Bjelinski. Sein literaturkritisches Wirken. 384 S., Rbl. 26.—

Akademienmitglied J. W. TARLE — Der Krimkrieg. Bd. II, 506 S., Rbl. 25.—

Fragen der Geologie Sibiriens — Gedenkband für das Akademienmitglied M. A. Ussow. Bd. I, 430 S., Rbl. 27.—

N. N. WORONIN — Altrussische Städte. 110 S., Rbl. 18.—

L. S. ZETLIN — Timirjasew. 156 S., Rbl. 12.—

Die Erfolge der biologischen Wissenschaften in der Sowjetunion seit 25 Jahren. Artikelsammlung. Unter Redaktion des Akademienmitglieds L. A. Orbeli. Rbl. 30.—

G. K. CHRUSCHTSCHOW — Die Rolle der Leukozyten bei den Wiederherstellungsprozessen in den Geweben. 116 S., Rbl. 5.—

Historische Blätter — Bd. XIV, 201 S., Rbl. 10.—

* * *

DIE NEUE ZEIT

ERSCHEINT HALBMONATLICH
IN
RUSSISCHER,
ENGLISCHER,
FRANZÖSISCHER
UND
DEUTSCHER SPRACHE.

DIE NEUE ZEIT

BEFASST SICH MIT FRAGEN DER AUSSENPOLITIK
DER UdSSR UND ANDERER LÄNDER UND DEN
AKTUELLEN VORGÄNGEN DES INTERNATIONALEN
LEBENS.

DIE NEUE ZEIT

ENTHÄLT BEITRÄGE VON GELEHRTEN, SCHRIFT-
STELLERN, PUBLIZISTEN, GEWERKSCHAFTSFÜHRERN
UND ANDEREN PERSÖNLICHKEITEN DES ÖFFENT-
LICHEN LEBENS.